

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94.

Donnerstag, den 23. April 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Krieg der Oelkönige.

Wenn nicht in letzter Stunde noch eine überraschende Wendung eintritt, so werden die Oelkönige der Dollarrepublik ihren Krieg gegen Mexiko haben. Natürlich wird es nicht ein Krieg um Petroleumquellen sein — für ein solches Objekt läßt sich die Volksseele nicht entflammen. Der Krieg der Oelkönige wird in einen Krieg für die Ehre der Vereinigten Staaten umgelogen werden, in einen Krieg, der einen unauslöschlichen Schimpf, der dem „Vaterlande“ widerfuhr, von seinem Schilde tilgen muß. Die Schmach von Tampico muß gelüht werden. Um die Etikettefrage, ob die amerikanische Flagge salutiert wird, sollen zwei Nationen einander die Häse abschneiden. Oder nicht einmal um die Frage, denn der Salut ist ja längst zugestanden, sondern um die Frage, ob die amerikanische Flagge vor der oder gleichzeitig mit der mexikanischen Flagge zu salutieren ist.

Natürlich ist die ganze Tampicoaffäre nur ein Vorwand. Nur die Kulisse, hinter der die wahren Triebfedern des blutigen Dramas, das auf dem Boden der mexikanischen Republik anhebt, verborgen sind. Mehr als alle wortreichen und weitsehenden Erklärungen, die die beiden Regierungen, die Wilson und Huerta abgeben, sagt über den wahren Untergrund des Konfliktes ein Satz, der neulich in einem Artikel der Kölnischen Zeitung vom 12. April zu lesen war und der da lautet: „Nach dem Urteil der Geologen kann nur Mexiko in wenigen Jahren zum ersten Petroleumland der Welt aufrücken, und darum ist es erklärlich, daß gerade dort England und die Vereinigten Staaten im Hinblick auf den Panamanal seit etlichen Jahren heiß um Petroleum-Gerechtigkeiten ringen, eine Tatsache, die durch die Höhe der angelegten Kapitalien in ein helles Licht gerückt wird. Man bemerke, daß sich die mexikanischen Oelinteressen auf 175 Millionen Dollar belaufen, woran die Engländer mit 75, die Amerikaner mit 97% und die Mexikaner mit 2% beteiligt sind.“

Bekanntlich ist Huerta ein Gegner des amerikanischen Oeltrüsts, der alles daran setzen muß, die noch unerschlossenen Oelfelder Mexikos in seine Hand zu bringen, um seine Monopolstellung auf dem Petroleummarkt der Welt zu behaupten. Die Oelkönige der Dollarrepublik haben deshalb die Anerkennung Huertas durch die amerikanische Regierung zu verhindern gewußt. Präsident Wilson ist zwar nicht direkt das ausführende Organ des Willens der Trustmagnaten. Er ist ja Demokrat und Ethiker und würde sich entrüsten gegen die Zumutung ermahnen, daß die Oelinteressen der Rockefeller und Konsorten ohne weiteres in nationale Interessen umgesetzt werden, daß sich das amerikanische Volk für die bedrohten Dollars seiner obersten Ausbeuter zu schlagen hätte, daß die Unabhängigkeit der Mexikaner vernichtet werden müsse, damit die amerikanischen Oelkönige den englischen Konkurrenten den Rang ablaufen können. Er triefte ja noch jetzt, da er das Signal zum Krieg gibt, von edelsten und sittlichsten Gefühlen und Absichten und zieht das Schwert eigentlich nur, um das arme mexikanische Volk von einem blutigen Würger zu befreien und ihm den Frieden zu geben. Derartige Phrasen gehören zum eisernen Bestand aller Staatsmannsreden zivilisierter Völker und werden von aller Welt als das Genommene, was sie sind, eben als Phrasen, die nichts besagen und zu nichts verpflichten, als Scheidemünzen, deren problematischer Wert jedermann bekannt ist und die doch in Zahlung genommen werden. Auch ein Mann wie Wilson, der zweifellos Besseres zu sagen wüßte, muß sich bei solchen offiziellen Anlässen, wie es die Einleitung eines Krieges ist, dieser überlieferten Schablone bedienen.

Es ist also nicht um dieser Phrasen willen, daß wir Herrn Wilson nicht als einen direkten Teilnehmer an der geschäftlichen Operation betrachten, die der Krieg für die amerikanischen Oelmagnaten ist. Er ist nach seiner ganzen Stellung in der inneren amerikanischen Politik gegen den Verdacht geschützt, daß er seine Finger mit in diesem schmutzigen Geschäft habe. Aber sein Fall beweist gerade, wie wenig selbst der Präsident der Union, dem die Verfassung eine große Macht in die Hand legt, gegen die gewaltigen kapitalistischen Organisationen auszurichten vermag, die das Volk der Union ausaugen. Haben die Trustmagnaten der Dollarrepublik nicht die Regierung des Landes, nicht den Präsidenten direkt in der Hand, so haben sie doch noch hundertlei Wege, um diese Stellen indirekt für ihre Zwecke in Bewegung zu setzen. Sie lassen den Dollar rollen und eine große Presse und gefällige Abgeordnete stehen ihnen zur Verfügung. Wenn man an den Präsidenten nicht mit offenen Forderungen herantreten darf, so kann man ihn auf indirektem Wege schieben, wohin man ihn haben will. Die öffentliche Meinung ist das Werkzeug, das diese indirekte Beeinflussung vermittelt. Und die öffentliche Meinung läßt

sich in diesem Lande, wo die bürgerliche Presse noch mehr Geschäft ist als in Europa — reines Geschäft könnte man sagen, wenn das Wort rein sich in diesem Zusammenhange nicht von selbst verböte — schon so einigermäßen lenken, wie der Dollarkönig will, zumal wenn man es so bequem hat, an chauvinistische Gefühle appellieren zu können, die bei einer vom Sozialismus noch verhältnismäßig wenig erfassen Bevölkerung noch am ehesten in Schwingung zu versetzen sind.

Wilson ist nicht der direkte Kommiss der Trustkönige, aber gedrängt von der von den Werkzeugen der Dollarkönige bearbeiteten öffentlichen Meinung, die man gegen die Mexikaner aufreize, ist er den Weg gegangen, den die Oelkönige ihn gehen lassen wollten. Unter Berufung auf die Rechte der Mexikaner, auf die Forderungen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit hat er Huerta die Anerkennung als Präsident Mexikos verweigert, hat er eine Politik getrieben, die das Feuer in dem von inneren Kämpfen zerrissenen Lande schürte und die die Stimmung schuf, aus der schließlich der Zwischenfall von Tampico hervorging. Die Oelkönige können mit dem Präsidenten, der auszog, die Macht der Trustkönige zu brechen, zufrieden sein.

Was das Ergebnis des Konflikts sein wird, der nun die neue Welt zu verheeren droht, ist noch nicht abzusehen. Den imperialistischen Tendenzen des Kapitals würde die Annexion Mexikos durch die Union entsprechen. Doch treten ihr in diesem Fall andere Tendenzen entgegen — die Trustfürsten waren bislang keine Befürworter solcher Maßregel, weil sie unter einer schwachen mexikanischen Regierung die Ausbeutung noch intensiver betreiben konnten als unter dem Sternenbanner, wo eine gewisse Rücksicht auf die Arbeiterbewegung und die öffentliche Meinung doch schon genommen werden muß. Doch wäre es immerhin möglich, daß die Stellung der Dollarkönige sich inzwischen geändert hat, da die andauernde Anarchie in Mexiko das Geschäft zu schädigen droht. Ebenso unsicher ist das Ergebnis eines amerikanisch-mexikanischen Krieges in militärischer Hinsicht. Die Union verfügt nur über geringe stehende Streitkräfte. Daß sie die kleinere mexikanische Republik schließlich zu unterwerfen vermöchte, ist bei der Ungleichheit der Mittel ja nicht zweifelhaft, doch wird es sie viel Zeit, viel Geld und viel Blut kosten. Gefährliche internationale Verwicklungen aber könnten entstehen, wenn etwa Japan die Gelegenheit zur Ausdehnung seiner Macht auf dem amerikanischen Kontinent benutzen wollte. Die Kanonen, die vor Tampico losgehen, können einen Weltbrand entzünden.

Liberaler Hoffnungen.

Es lenzt in deutschen Landen, der Philister zieht den Winterpelz aus und wärmt sich im Sonnenschein. Alte Erinnerungen werden wach, erstorbene Gefühle wieder lebendig, Getrenntes rückt wieder näher zusammen, Hoffnungen regen sich.

Auch der deutsche Liberalismus hat seine Frühlingstimmungen. Vor zwei Tagen schien's noch untröstlich allerwärts, jetzt aber wehen laue Lüfte vom Süden her und tragen frohe Botschaft in fortschrittliche Männerherzen. Nun muß sich alles, alles wenden: Hat doch Seine Majestät geruht, seinen Geheimen Rat Erzengel v. Loebell zum Minister des Innern zu ernennen! Loebell — welche Erinnerungen knüpfen sich an diesen Namen! Man sieht ihn noch, eine schwächliche blasse Monokelpuppe, geheimnisvoll geschäftig durch die Wandelgänge des Reichstags rennen, hier einem liberalen Redakteur zunicke, dort einem liberalen Volksmann das Händchen drückend: ja es läßt sich nicht bestreiten, er hat reichlich genickt und Hände gedrückt, und nur Uneingeweihte hielten seine undurchdringliche Simplizitätshyponomie für den Ausdruck aristokratischer Unnahbarkeit. Die Eingeweihten aber wußten, daß Erzengel v. Loebell gar nicht so war, o durchaus nicht so, sondern daß er sehr nett sein konnte und sehr verständig, und ganz unglaublich modern. Dort aber, wo jetzt mitunter der hagere Kopf Bethmann-Hollwegs auftaucht, glänzte des Fürsten Bülows rundes Gesicht, seine schönsten Grübeln lächeln. Es waren glückliche Zeiten!

Herr v. Loebell, der inzwischen die höchsten Weihen eines Aufsichtsrats der Deutschen Bank erhalten hat, ist nun zum preussischen Minister des Innern aufgerückt. Kein Wunder, daß sich das liberale Herz kaum noch zu lassen weiß vor heimlichem Jubel. Man möchte es gern in alle Winde rufen; aber, natürlich, man ist zu klug, zu politisch, um gleich alles herauszusagen — und kann doch wieder das volle Herz nicht wahren. Es ist ein verhaltenes Frohlocken, die ganze neckische Nartheit eines jungen Glücks.

Einer, der beinahe gar nicht mehr an sich zu halten weiß, ist der Berliner Redakteur der „Frankfurter Zig.“, Herr August Stein. Und auch das ist nur zu begreiflich, denn für Herrn August Stein bedeutet die Wiederkehr

des Herrn v. Loebell die Erinnerung an jene stolze Zeit seines Lebens, in der er, August Stein von der „Frankfurter Zeitung“, deutsche Geschichte machen durfte. Er durfte es, weil er die höchstlobrigkeitliche Genehmigung dazu besaß. Er durfte es, weil er der Vertraute der Vertrauensien des Vertrauensmannes Seiner Majestät war, weil ihm die Gunst des Fürsten Bülow lächelte — niemand hat in jener Zeit das dankbare Geschäft, das der wige Tragger die Paarung des Karpfens mit dem Kaninchen nannte, mit hingebungsvollerem Eifer betrieben als er.

Herr August Stein sieht sich wieder als Eingeweihter. Und der Eingeweihte plaudert in der „Frankfurter Zeitung“ also:

„Gewiß, Herr v. Loebell, der vom Landratsamt an die übliche Verwaltungskarriere durchlaufen hat, ist auch ein Konservativer. Er ist Mitglied der konservativen Fraktion gewesen, aber er ist ein moderner Mensch, der sich auch auf manchen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gebieten der Vereinstätigkeit bewegt hat, die sonst dem richtigen preussischen Konservativen fern bleiben. Vor allem aber, dieser konservative Herr von Loebell war Chef der Reichskanzlei unter Fürsten Bülow. Er hat zu der engen Umgebung des Fürsten Bülow gehört, mit der dieser seine Politik plante und machte. Diese Zeiten in der politischen Ara, in der ihm auch der damals sehr ausgedehnte Verkehr mit allen Parteien oblag, sind wichtige Lehrjahre des Herrn v. Loebell geworden. Er hängt nicht nur mit dem Verstand, man kann mehr sagen, mit dem Gemüt an der Blockpolitik. Man mag über diesen Gedanken denken wie man will, ein konservativer Mann, der ihn mit Überzeugung und bis zuletzt unter großen Schwierigkeiten mitversoffen hat, der ist kein Sunker, kein in eisernen Aufschauungen befangener Konservativer... Dazu kommt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg diesen neuen Minister aus der Bülow-Ara, wo jener Staatssekretär des Reichsamts des Innern war und dieser Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, sehr genau und sehr intim kennt und sicher wissen wird, was er von ihm zu erwarten hat.“

Herr v. Bethmann-Hollweg weiß nicht nur, was er von Herrn v. Loebell zu erwarten hat, er sieht sogar schon seine Erwartungen sich erfüllen. Sicher ist ihm die Haltung der Linksliberalen bei den Wahlen von 1912 und seither nicht besonders angenehm, aber als Staatssekretär des Innern in der Bülowblockzeit kennt er auch das Rezept, wie man fortschrittliche Herzen gewinnt und liberale Männer fesselt. Er weiß, daß dazu Latein nicht notwendig sind, daß ein paar Flüsterworte und ein wenig Augenzwinkern auch schon genügen, um die trostige Opposition zu entwaffnen und das starre Eis ihres Grimms in milde Thränen der Rührung dahinschmelzen zu lassen. Er hat es wieder einmal probiert, und wieder einmal, wie noch immer, scheint's zu gelingen.

In früheren Zeiten hoffte der Liberalismus auf die Ernennung eines seiner Führer zum Minister und erwartete davon — uneingedenk des Spruches, daß ein Minister gewordener Liberaler noch lange kein liberaler Minister ist — den Umschwung zu einer neuen Ära. Jetzt genügt es schon, wenn ein doppelt reichstäglich und landtätig geachtetes Fraktionsmitglied der Konservativen zum Minister ernannt wird, wofür dieses konservative Fraktionsmitglied nur durch Annahme von Aufsichtsratsstellen die Modernität seiner Gefinnung bekundet und einmal mit einem liberalen Redakteur geführstück hat. Man fühlt sich von der Gunst der höheren Regionen angenehm durchwärmt und nimmt sich vor, sich die unverhoffte Gnade der Mächtigen durch ferneres Wohlverhalten auch weiter zu erhalten. Blockfrühlingslüfte sind erwacht... man weiß nicht, was noch kommen mag, es muß sich alles, alles wenden!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage fortgesetzt. Mit Rücksicht darauf, daß die Zahl der Redner über 100 beträgt, schlug der Vizepräsident Porich noch einmal eine Verkürzung der Redezeit auf zehn Minuten vor. Er zog aber selbst seinen Vorschlag zurück, als von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite Einspruch dagegen erhoben wurde. Der Donnerstag soll gleichfalls noch durch die Debatte ausgefüllt werden. — Soweit die Debatte sich auf die Fehmarnlinie bezog, bringen wir des lebhaften Interesses wegen, das diese Linie für Lübeck hat, in einem besonderen Artikel einen ausführlichen Bericht.

Der Reichshaushalt für 1913/14 wird mit einem Defizit von mindestens zwölf Millionen Mark abschließen. Die Einnahme aus den Zöllen ist um rund 40 Millionen Mark hinter dem Etatsanschlag zurückgeblieben. Nur dadurch, daß die Steuern höhere Erträge lieferten, ließ es sich vermeiden, daß das Defizit noch höher würde. Die „Schuld“ an dem Minderertrag der Zölle wird der guten Ernte zugeschrieben, die eine Verringerung der Einfuhr zur Folge hatte. Eine offenbar aus dem Reichsschatzamt stammende Notiz der „Berl. Polit. Nachrichten“ sagt deshalb auch:

„Sobald als durch die Einnahmeveränderung im Rechnungsjahr 1913 die Beobachtung wiederum bestätigt, daß die steuerlichen Einnahmen im Rahmen der Gesamteinnahmen des Reichs ein Moment der Stetigkeit darstellen, das gerade deshalb besonders wertvoll ist, weil die Zölle den durch die Wirtschaftskontunktur bedingten Schwankungen unterworfen sind. Je mehr die Einnahmen des Reichs aus den steuerlichen Abgaben zu einem nach Berücksichtigung des Etats feststehenden Faktor werden, desto leichter werden die Schwankungen der Zolleinnahmen und die Schwankungen der Einnahmen der beiden Betriebsverwaltungen des Reichs, die mit einem Ertrag von rund 996 Millionen Mark (im Rechnungsjahr 1913) ein reichliches Drittel der gesamten Reichseinnahmen ausmachen, überwunden werden können.“

Zweck dieser Darlegungen ist, wie auch offen ausgesprochen wird, den Bestrebungen entgegenzutreten, die auf eine Aufhebung oder Herabsetzung dieser oder jener indirekten Steuer hinstreben.

Die Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Schwyz.

Bei der Nachwahl, der zweiten seit 1912, die am Dienstag stattfand, ist, wie gestern schon berichtet, der Landrat v. Halem (Reichspartei) wiedergewählt worden. Er erhielt 8490 Stimmen, der Pole v. Sap-Jaworski 7282 und der sozialdemokratische Kandidat 197 Stimmen. Halem wird demnach als „gewählt“ proklamiert werden. Bis zum Beweise des Gegenteils darf man aber an der Eraktheit auch dieser Wahl noch zweifeln. Denn es handelt sich um einen Kreis, in dem der konservative Wahlzweig unheimliche Dimensionen angenommen hat. Seit 1903 hat der Kreis 7 Wahlen durchzumachen gehabt. Bei der Hauptwahl 1912 ermöglichte man eine Stichwahl dadurch, daß der Wahlkommissar zwei politische Stimmen für ungültig erklärte. In der Stichwahl wurden dann 720 politische Stimmzettel für ungültig erklärt, weil der Name des politischen Kandidaten angeblich falsch geschrieben war und so der Sieg des Landrats und Wahlkommissars v. Halem gemacht. Einstimmig kassierte die Wahlprüfungskommission das Mandat. Bei der Nachwahl vom Dezember 1912 wurden zahlreiche Wähler zurückgemessen, die zwar in der Wählerliste standen, aber in der Zwischenzeit ihren Wohnsitz verändert hatten. Die Folge war, daß der zöge reichsparteiliche Kandidat v. Halem auch diesmal wieder „legte“. Die Wahlprüfungskommission kassierte das Mandat zum zweiten Male; es wurde sogar die Frage erörtert, ob man nicht einfach den wirklich gewählten Polen Sap-Jaworski zum Abgeordneten proklamieren und einberufen sollte. Die Wahlprüfungskommission ließ diese Frage allerdings unentschieden. — Nach alledem kann damit gerechnet werden, daß auch bei der jetzigen Wahl wieder allerhand vorgekommen ist, was der Wahlprüfungskommission vielleicht zum dritten Male Veranlassung gibt, das Mandat Halem's zu kassieren.

Ein reniger Zänder.

Die württembergischen Konservativen werden gegen ihren Parteifreund Dr. Mülling, der die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unterschrieb, nichts unternehmen, nachdem er erklärt hat, daß er sein Verhalten bedauere. Die bündlerische „Schwäbische Tageszeitung“ bringt es sogar fertig, es als ganz erwünscht zu bezeichnen, wenn solche Entgehrungen zur Sprache gebracht würden, denn dadurch habe man die Möglichkeit, irrende Kandidaten des Bundes der Landwirte auf den rechten Weg zurückzuführen. — Über einen Sünder, der Buße tut, herrscht also bei den Konservativen — getreu dem biblischen Wort — mehr Freude, denn über 99 Gerechte.

Keine Zollerleichterung bei Fleischeinfuhr.

Das bayerische Ministerium hat das Gesuch des bayerischen Städtebundes beim Bundesrat, die Fortgewährung der Zollerleichterung bei der Einfuhr ausländischen Fleisches für die Stadtwirtschaft zu bejournieren, abgelehnt. — Von einem klerikalen Ministerium war kaum etwas anderes zu erwarten.

Der Dallwitz-Kurs.

Was die preußischen Reaktionen, denen der Statthalter für Elsaß-Lothringen ja sehr nahesteht, von dem „neuen Mann“ erwarten, zeigt eine Auslassung der vielfach offiziös benutzten „Neuen Polit. Korrespondenz“. Nach dem Loblied auf Dallwitz heißt es da:

„Wenn die Reichslande mitten in Deutschland lägen, könnte man ja in der bisherigen Weise fortfahren; aber sie liegen an der Grenze eines Nachbarstaates, dem sie einst gehört haben und der sie immer noch gern als sein Glacis für einen zukünftigen Krieg ansehen möchte. Das darf nicht sein, schon um des europäischen Friedens willen. Je loedrer Elsaß-Lothringen zu Deutschland steht, desto mehr ist der Weltfrieden bedroht, und je fester es ein altpreussisches Gefüge annimmt, desto weniger wird Frankreich mit dem Gedanken der Wiedereroberung spielen. Deswegen werden die altpreussischen Flötentöne, die vermutlich Herr v. Dallwitz mit seinem Appänten Graf Roederer in Strazburg jetzt blasen wird, dort sehr am Platze sein.“

Das heißt, der neue Mann soll die Reichslande völlig bormarschieren, soll wenigstens versuchen, dort ein kammes, altpreussisches Regiment zu führen. Ziel ist das auch die eigene Wacht des Herrn v. Dallwitz. Aber es ist, wie wir schon gemerkt haben, in Elsaß-Lothringen nicht so leicht, einen solchen Kurs zu steuern, ohne selbst dabei Schaden zu nehmen. Herr v. Köller kam auch einst aus der nordschleswigen Reiterrede mit ähnlichen Wörtern nach Elsaß-Lothringen. Aber er hat

als Staatssekretär doch bald andere Saiten aufziehen gelernt. Vielleicht wird auch Herr v. Dallwitz sehr bald es seinen reaktionären Freunden in Preußen nicht mehr recht machen, weil er nicht kann.

Nationalliberale und Konservative.

Seit einiger Zeit streiten sich Konservative und Nationalliberale darüber, wer die Schuld an dem Zerfall des Bülowblocks trägt. Der bei dem Zerfall des Blockes aus der nationalliberalen Partei exmittierte frühere Abgeordnete für Jena, Lehmann, ein mehr oder weniger als beachtenswerter Politiker, war rasch mit der Erzählung bei der Hand, daß die Schuld an Wassermann und Dr. Wiemer von der Fortschrittlichen Volkspartei gelegen habe. Der Führer der Konservativen, v. Normann, habe eines Tages zu positiver Arbeit gemahnt, und daraufhin habe Wassermann sofort eine nationalliberale Fraktionsführung anberaunt und dort erklärt, die Konservativen hätten den Block gefündigt.

In der Zwischenzeit hat bereits Dr. Wiemer die Erklärung abgegeben, daß er mit der Sache gar nichts zu tun gehabt, v. Normann auch mit ihm nicht gesprochen habe. Jetzt stellt die „Nationalliberale Korrespondenz“ fest, daß auch die Wassermann betreffende Mitteilung des Herrn Lehmann von Jena nicht stimmt. Wassermann habe bei jener Aussprache mit dem konservativen Führer ausdrücklich gefragt, ob seine Worte als Kündigung des Blockes aufzufassen seien. Darauf habe v. Normann eine Verlegenheitswendung gebraucht, die für jeden, der sehen und fühlen wollte, deutlich genug gewesen wäre, und dann erst hätten die Nationalliberalen die Blockkündigung durch die Konservativen als Faktum betrachtet.

Der ganze Streit ist heute höchst gleichgültig. Angesichts der Sammlungsbestrebungen, die von den Nationalliberalen und von einigen Konservativen mit Eifer betrieben werden, schadet es aber nicht, auch diesen Beitrag zur Geschichte des Bülowblocks zu registrieren.

Zündholz-Monopol.

Der Verein deutscher Zündholzfabrikanten hat beschlossen, bei der Regierung die Einführung des Zündholz-Monopols zu beantragen. Man nimmt an, daß sich das Monopol mit einem Aufwand von 35 bis 40 Millionen Mark durchführen lasse.

Die Schutzzöller sind einig.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann mitteilen, daß es gelungen ist, die Gegenstände unter den Gärtnern in der Schutzzollfrage auszugleichen. Das Blatt fügt hinzu: „Die Gesamtheit der deutschen Gärtnerei steht daher geschlossen hinter den Forderungen, die hinsichtlich eines wirksamen Schutzes dieses wichtigen heimischen Produktionszweiges erhoben werden. Es darf dieser Erfolg als ein wichtiges Ergebnis der Bestrebungen bezeichnet werden, die zu dem Zusammenschlusse aller Gartenbau- und Gärtnereibetriebe von irgend welcher Bedeutung im Reichsverbande geführt haben.“

Frankreich.

Zu den Kammerwahlen, die am kommenden Sonntag stattfinden, hat die sozialdemokratische Partei 420 Kandidaten aufgestellt. In den 40 Pariser Wahlkreisen sind 39 sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt.

Balkan.

Der Mbret macht mobil. Der neue Fürst von Albanien will auch seine Freude haben und Truppen sehen; deswegen soll die Miliz einberufen werden. Die vom Ministerrat beschlossene Aufstellung der Miliz erstreckt sich auf das ganze Land und soll schleunigst durchgeführt werden. Eine Deputation aus den von den Griechen besetzten Gebieten erbat militärischen Schutz gegen die griechischen Gewalttätigkeiten.

Amerika.

Der Salutkrieg. Ueber die gegenwärtige Lage zwischen Amerika und Mexiko liegen heute folgende Meldungen vor. Ein von dem Marinesekretär Daniels bekanntgegebenes Telegramm des Kontrreadmirals Fletcher meldet, daß er Dienstag Marinesoldaten und Matrosen gelandet und das Zollhaus in Veracruz besetzt hat. Die Mexikaner eröffneten nach der Einnahme des Zollhauses das Feuer, wurden aber, durch Granatfeuer des Transportschiffes „Prairie“ aus ihren Stellungen vertrieben. Die Verluste der Amerikaner betragen vier Tote und zwanzig Verwundete.

Wie gemeldet wird, sind bei der Besetzung von Veracruz zwei hundert Mexikaner getötet worden. Die bei Veracruz gefallenen Amerikaner sind ein Bootsführer, ein Korporal und zwei Gemeine.

Das Staatsdepartement erhielt den amtlichen Bericht, daß die Mexikaner Veracruz geräumt haben.

In einer Konferenz, die gestern vormittag an Bord des Einienischiffes „Arcansas“ zwischen den Kontrreadmiralen Badger und Fletcher stattfand, wurde die vollständige Einschließung von Veracruz beschlossen. Das Landungskorps Badger ist 2700 Mann stark.

Als gestern weitere amerikanische Marinesoldaten gelandet wurden, wurden sie von mexikanischen Scharfschützen von den Hausdächern des Zentrums der Stadt beschossen.

Präsident Wilson richtete an den Kongress eine Botschaft, in der er die sofortige Bewilligung von 500 000 Dollars für die Heimbeförderung der Amerikaner aus Mexiko forderte.

Nach amerikanischen Zeitungsmeldungen herrscht in Mexiko größte Aufregung. Man befürchtet eine Erhebung der Volksmassen. Die Ausländer scharten sich zur Verteidigung zusammen. Huerta erklärte, er werde das Aeußerste tun, um das Leben der Fremden zu schonen. In Puerto sollen fremdenfeindliche Unruhen ausgebrochen sein.

Die Fehmarnlinie vor dem preussischen Dreiklassenparlament.

Wie schon kurz berichtet, beschäftigt sich gegenwärtig das preussische Abgeordnetenhaus aus Anlaß der Beratung der Sekundärbahnvorlage auch mit der Fehmarnlinie. Soweit sich die Debatte auf diesen Punkt bezieht, geben wir sie nachstehend von den ersten beiden Verhandlungstagen wieder.

Maceo (Natl.): Die Einzelheiten der Vorlage werden in der Kommission zu prüfen sein. Ebenso spezielle Wünsche, die in Eingaben an uns gerichtet sind. Dazu gehört von allem das Projekt der Fehmarnlinie, das uns eingehend beschäftigen wird. Ich kann heute schon sagen, daß meine Freunde diesem Projekt große Aufmerksamkeit schenken werden.

Münsterberg (Volksp.): Die von vielen Seiten gewünschte Verbindung nach Dänemark über Fehmarn scheint mir nicht so günstig zu sein, als sie vielleicht im ersten Augenblick erscheinen mag. Der Minister hat sich mit Recht verschiedentlich dagegen ausgesprochen. Abgesehen von den ungewöhnlich hohen Kosten einer solchen Linie würde die Linie Kiel—Korsör durch die Fehmarnlinie auf das allergeringste geschädigt, vielleicht ganz vernichtet werden. Die Handelskammern von Altona, Flensburg und Kiel haben sich im Interesse Schleswig-Holsteins entschieden gegen die Fehmarn-Linie ausgesprochen. Durch die neugeplante direkte Linie Altona—Neumünster soll eine Verkürzung der Reisedauer über Korsör nach Kopenhagen um zwei Stunden herbeigeführt werden. Ein solcher Ausbau einer bestehenden Strecke ist viel besser als die kostspielige Errichtung einer neuen Linie. (Sehr richtig!)

Graf v. Moltke (Freikons.): Im Interesse unserer Beziehungen zu Skandinavien ist eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen nach dem Norden dringend geboten. Was das Projekt der Fehmarn-Linie anlangt, so ist ein abschließendes Urteil vorläufig für uns deshalb nicht möglich, weil Zahlen, auf die wir uns mit Sicherheit berufen können, nicht vorliegen. Vielleicht erhalten wir sie in der Kommission. 24 westliche und süddeutsche Handelskammern außer Lübeck und Hamburg haben sich für die Fehmarn-Linie ausgesprochen. Sie bezeichnen sie als die unübertreffliche Diagonale zwischen Hamburg und Kopenhagen. Gewiß wird eine Verkürzung der Reisezeit dadurch erreicht, aber es ist mir doch sehr zweifelhaft, ob die Nachteile dadurch aufgehoben werden. Wenn die 24 Handelskammern dem preussischen Staate eine Garantie summe von etlichen Millionen zur Verfügung stellen würden, wäre es etwas anderes. Vorläufig muß das Projekt auch nach der technischen Seite hin genau geprüft werden. Was die Konkurrenzlinie Altona—Neumünster anlangt, so wird zu prüfen sein, ob die Interessen von Elmshorn dadurch nicht allzu sehr geschädigt werden.

Minister v. Breitenbach betont, daß die Interessen Elmshorns nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die direkte Verbindung Altona—Neumünster sei im Interesse einer besseren Verbindung mit Dänemark dringend geboten.

Waldstein (Freij. Bp.) hält den viergleisigen Ausbau der Strecke Altona—Elmshorn sowie die Verbesserung der polizeiwidrigen Zustände des Bahnhofes Elmshorn für wichtiger als die Herstellung einer direkten Linie Altona—Neumünster, zumal dabei der Hauptbahnhof Altona ganz ausgeschaltet werde.

Minister v. Breitenbach bekräftigt, daß von einer Schädigung der Stadt Altona die Rede sein könne.

Hoff (Freij. Bp.): Bezüglich der Fehmarn-Linie trete ich den Ausführungen der Abgeordneten Münsterberg und Waldstein bei. Die Schnellbahn Altona—Neumünster wird aber von der Provinz Schleswig-Holstein mit großer Freude begrüßt, da die ganze Provinz durch diese Bahn wesentlich näher an Hamburg-Altona, an Westdeutschland und auch an Berlin herangerückt wird. In bezug auf die Fehmarn-Linie will ich nur sagen, daß die Kosten dieses Projektes mit seinen Vorteilen in keinem richtigen Verhältnis stehen. Sie würde eine starke Schädigung, wahrscheinlich eine Beseitigung der alten Linie Kiel—Korsör zur Folge haben. Man würde außer der Provinz Schleswig-Holstein nur dann nach Kopenhagen gelangen können, wenn man vom äußersten Norden oder äußersten Süden abfährt. Die starke Agitation des Fehmarn-Komitees erklärt sich unter anderem daraus, daß die starke Aktieninteressen der Lübeck-Büchener und Lübeck-Cutinier Bahn in Betracht kommen. (Hört! hört!) Die von diesem Komitee aufgestellten Zeitberechnungen bedürfen sehr dringend einer Nachprüfung. Bei angemessener Verbesserung kann die Linie Hamburg—Kiel—Korsör in annähernd derselben Zeit wie die Linie über Fehmarn durchfahren werden und ferner wäre eine Durchbämmung des Fehmarnlandes notwendig, den man erst fähig für die Kleinfahrt wieder brauchbar gemacht hat. Die Verbesserung der Linie Hamburg-Altona—Kiel—Korsör ist das denkbar beste Mittel gegen die Agitation des Fehmarnkomitees. Diese Linie bietet außerdem von allen Fahrwegen nach dem Norden eine besonders schöne längere Seefahrt, die für manchen Reisenden von großem Reiz ist. (Beifall.)

Damit schloß die allgemeine Besprechung, in der Beifwörter des Fehmarnlinien-Projektes leider nicht zu Worte gekommen sind.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Donnerstag, 23. April.

Der Maiestzug ist genehmigt. Die Polizeibehörde hat gestern die Genehmigung für den Maiestzug erteilt. Die Aufstellung des Zuges erfolgt auf dem alten Bahndamm. Der Abmarsch ist auf Punkt 1½ Uhr mittags festgesetzt. Das Schreiben des Polizeiamtes hat folgenden Wortlaut:

Auf den Antrag vom 15. ds. Mts. gestattet das Polizeiamt dem Maiestkomitee am Freitag, dem 1. Mai 1914 nachmittags 1½ Uhr die Veranstaltung eines Ausmarsches mit Musik und Fahnen vom alten Eisenbahndamm aus über Puppenbrücke, Moislinger Allee, Moislinger Baum nach Moisling auf dem sogenannten Marktplatz, sowie die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel daselbst

mit der Maßgabe, daß als Sammelpfad der Vereine für den Ausmarsch der alte Eisenbahndamm vorgeschrieben wird.
Der Marsch der einzelnen Vereine nach dem Sammelpfad hat ohne Musik unter Vermeidung der Breiten Straße, der Sandstraße, des Kofsmarktes und der Hofstraßen zu erfolgen. Zur Vermeidung von Verkehrsstörungen auf dem Wege zum Sammelpfad dürfen nur Abteilungen in der Stärke von höchstens 200 Personen marschieren, die einzelnen Abteilungen müssen Abstände von 200 Schritt von einander halten.
Die Teilnahme schulpflichtiger Kinder an dem Ausmarsch in besonderem geschlossenen Zuge ist verboten. Ebenso ist das Mitführen roter Fahnen oder Banner, roter Schärpen oder sonstiger Embleme und Abzeichen demonstrativen Charakters unterlag. Auf dem Sammelpfad dürfen Ansprachen nicht gehalten werden.
Es sind in ausreichender Zahl Zugführer zu bestimmen und durch Abzeichen kenntlich zu machen, die auf dem Sammelpfad sowie auf dem Marsch dafür zu sorgen haben, daß der allgemeine Verkehr nicht gestört wird. Auf dem Festplatze ist in ausreichender Weise für getrennte Bedürfnisanstalten Sorge zu tragen. Etwasige Aufgrabungen sind am nächsten Tage wieder einzuebnen.
Straßenbahnen und Fuhrwerke ist überall soviel Raum zu geben, daß sie unbehindert vorbeifahren können. Beim Kreuzen von Straßen oder Straßenbahngleisen ist jegliche Behinderung des Straßenbahn- und Fuhrwerksverkehrs zu vermeiden.
Wegen der in Aussicht genommenen Veranstaltung von abgabepflichtigen Vergnügungen auf dem Festplatze haben Sie sich noch mit besonderer Anfrage an die Polizeikasse zu wenden.
Für die Befolgung der gegebenen Vorschriften ist Herr W. Bromme dem Polizeiamte gegenüber persönlich verantwortlich.
Das Polizeiamt.
gez. Dr. Dienau.

Parteienossen und Gewerkschaftskollegen! Nun gilt es alle Vorbereitungen zu treffen, um den Maifestzug auch in diesem Jahre zu einer großartigen Kundgebung zu gestalten. Dazu gehört vor allem eine Beteiligung, die dem Ansehen der Lübecker Arbeiterorganisationen entspricht. Je umfangreicher die Arbeitsruhe durchgeführt werden kann, desto eindrucksvoller wird sich die diesjährige Jubelfeier des 1. Mai gestalten.
Arbeitsruhe am 1. Mai. Die Schneider beschlossen einstimmig, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.
Wozu Steuergrößen verwandt werden. Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 2000 Mk. zu den Kosten des Abgeordnetenabendes der Vereinigung deutscher Marinevereine in Lübeck; ferner 2000 Mk. für den Hausatenappell des Kameradschaftsbundes. Ferner wurden 900 Mk. für Schießversuche an den Landeskriegerverband Lübeck bewilligt. Es handelt sich hier um Veranstaltungen, die wesentlich dem Vergnügen und den Interessen der Teilnehmer dienen und die deshalb die Allgemeinheit gar nicht berühren. Deshalb ist es schon ein sehr eigenartiges Beginnen, wenn diese Vereine um staatliche Unterstützung betteln, um sich auf Regimentsunkosten hier zu unterhalten. Ganz entschieden müssen wir uns jedoch dagegen wenden, daß der Senat und der Bürgerausschuß einem derartigen ungerechtfertigten Ansinnen entspricht, anstatt es im Interesse der Steuerzahler glatt abzulehnen. Man hat doch nie Geld, wenn es sich um die Erfüllung wichtiger sozialer Aufgaben, um die Schulpeisung armer Kinder usw. handelt. Ob Senat und Bürgerausschuß wohl ebenso freigebig sein würden, wenn etwa der Arbeiterlängerbund für sein hier abzuhaltendes Sängerfest um einen Staatszuschuß nachsuchen würde?!

Erichtung von Windhühnbauten an der Südwestseite des Bahnhofsvorplatzes. Der Senat erklärt: Auf dem Bahnhofsvorplatz in Lübeck herrscht infolge seiner freien Lage oft ein heftiger Wind, über den seitens des Publikums ständig geklagt wird. Die wegen Beseitigung dieses Uebelstandes mit der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft gepflogenen Verhandlungen haben zum Abschluß eines Vertrages geführt. Hiernach soll der Lübeckische Staat gehalten sein, an der Südwestseite des Bahnhofsvorplatzes Wohnhäuser durch Unternehmer erbauen zu lassen und diese Häusergruppe durch einen auf seine Kosten auszuführenden Zwischenbau, der u. a. Kutschern, Hotelbedienten und Dienstleuten zum Aufenthalt dienen soll, mit dem Empfangsgebäude zu verbinden, um so einen möglichst wirksamen Abschluß des Bahnhofsvorplatzes nach Süden hin zu erreichen. Die gesamte Baugruppe soll nach einem einheitlichen Plane ausgeführt werden, dessen Architektur der Bedeutung des Bahnhofsvorplatzes angemessen ist. An Stelle der jetzigen nordöstlichen, eisenbahnseitig zu unterhaltenden Zufahrt zu dem Eilgutschuppen, die sich auf diesem Gelände befindet, soll unmittelbar daneben eine neue Zufahrtstraße auf Staatskosten hergestellt und unterhalten werden. Die Verlegung der Zufahrtstraße wird außer der freien Hergabe des Grund und Bodens, etwa 335 Quadratmeter, eine Ausgabe von 6300 Mark erfordern. Der zwischen dem auszuliegenden Bauhof und dem Bahnhofsvorplatz auf Staatskosten herzustellende Zwischenbau wird nach Angabe der Baudeputation annähernd 9600 Mark Kosten verursachen. Mit dem Finanzdepartement hält der Senat den Abschluß des vorgelegten Vertrages für eine zweckmäßige Lösung der Frage des Windhühnes am Bahnhofsvorplatz. Der Bürgerausschuß erklärte sich getrennt gutachtlich für die Mitgenehmigung eines vom Senat gestellten entsprechenden Antrages durch die Bürgererschaft.
Der Bürgerausschuß sprach sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst gutachtlich für die Bewilligung von 16 000 Mark für Dienstalterszulagen von Arbeitern der Baudeputation für das Rechnungsjahr 1913 aus. Es werden gezahlt bei einer Dienstzeit von mehr als 3 Jahren bis zu 25 Mk., von mehr als 6 Jahren bis zu 40 Mk., von mehr als 9 Jahren bis zu 50 Mk., von mehr als 12 Jahren bis zu 60 Mk. Zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft empfohlen resp. mitgenehmigt wurden folgende Senatsanträge: Bewilligung von 6000 Mark zu Ankäufen für die Sammlung des Museums für Kunst- und Kulturgeschichte. Neupflasterung des Kofsmarktes und der Kleinen Petersgrube (Kosten 7600 Mk.). Verlegung der Obsthalle und der Bedürfnisanstalt am Travemünder Strande (1750 Mark), Neubesehung und Regulierung eines Teiles der Außenallee und der Bertlingstraße in Travemünde (8800 Mark). Erneuerung des Belags auf dem Zugangsfeld der Badeanstalt Falkendamm (1500 Mk.). Umbauten im ehemals Schlüßischen Wohnhause in Rüdnitz. Bereitstellung von 2000 Mark zur Fürsorge für tuberkulosebedrohte Kinder. An eine Kommission, bestehend aus Behn, J. Ewers, Klein, Glasow und R. Köhler, wurden folgende Senatsanträge überwiesen: Erichtung der Stelle eines Polizeileutnants (4000—6600 Mk.). Schaffung einer Kanzleistelle beim Stadt- und Landamt [Gefindefrankenkasse] (1900—3000 Mk.). Schaffung einer weiteren Kanzleistelle beim Stadt- und Landamt (1900—3000 Mk.). Anstellung des Konstanten der Gewerkeammer durch den Staat (5000—5500 Mk.). Schaf-

fung einer Assistenzstelle beim Allgemeinen Krankenhaus. Gewährung einer Vergütung an mehrere Beamte des Oberverwaltungsamtes. Abgelehnt wurde der Antrag des Senats auf Ankauf der Grundstücke Kaiserstraße 1, 2 und 3. Der Wortführer stellte fest, daß der Bürgerausschuß diesen ablehnenden Beschluß gefaßt habe, weil er die für die betreffenden Grundstücke geordneten Preise für zu hoch halte und weil seines Erachtens nach der Aufhebung der bisher für die Baufluchtlinie der Kaiserstraße maßgebenden blauen Linie auf Grund der bestehenden Bauvorschriften eine Verunstaltung der dortigen Partie der Stadtmauer nicht zu bezorgen sei.

Die ordentliche Ausschusssitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde Mittwochabend im Bürgerverein abgehalten. Sie befaßte sich mit dem Jahresbericht, Arztvertrag und der Dienstordnung, kam aber mit dieser nicht zu Ende und mußte um 1 Uhr nachts vertagt werden. Zum Jahresbericht machte der 2. Vorsitzende der Kasse, Körner, einige Erörterungen, in denen er das unbefriedigende Betriebsergebnis hervorhob, das er als das schlechteste seit langer Zeit bezeichnete. Die Eingemeindung habe viele Mitglieder gebracht, die in den niedrigen Klassen versichert sind, während sonst der Zuwachs in die höheren Klassen vorherrschend gewesen sei. Im allgemeinen sei der Betrieb im alten Hause recht schwierig gewesen, obwohl sich Inspektor und Beamte zur rühmlichen Geschäftsabwicklung alle Mühe gegeben hätten. Eine bedeutende Verbesserung im neuen Heim werde diese Mängel beseitigen. Herr Heidenborff verlas eine Eingabe des Drogistenvereins, worin dieser beim Verkauf der freien Heilmittel um mehr Berücksichtigung bat. Nominell seien die Drogisten bei der Krankenkasse zugelassen, praktisch jedoch so gut wie ausgeschlossen. Vom Vorstand wurde dieser Wunsch als unerfüllbar bezeichnet, es sei denn, man wolle Gefahr laufen, mit den Apothekern in Konflikt zu geraten. Mitgliedern und Ärzten müsse man bei den freien Handverkaufsartikeln Spielraum lassen. Die Eingabe geht an den Vorstand. Von einem Vertreter der Versicherten wurde auf die Wichtigkeit der Verbandstagsprotokolle hingewiesen und gewünscht, diese wie früher als Bestandteil des Jahresberichts und nicht als Anhang zu bringen. Der diesjährige Verbandstag in Darmstadt behandle die Arztfrage, die wichtig für alle sei. Er wünschte, die Tagungen auch durch einen Vertreter des Ausschusses zu beschicken, wobei Arbeitgeber und Arbeitnehmer abwechselnd delegiert werden könnten. Diese Ausführungen wurden unterstützt und dabei betont, es sei nicht nötig, daß insgesamt mehr Delegierte als bisher entsandt würden. Nachdem sich ein Redner gegen jede Vermehrung der Delegiertenkosten ausgesprochen hatte, wurde ein Antrag, wonach auch der Ausschuß auf den Verbandstagen abwechselnd durch einen Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber vertreten sein soll, angenommen. Dieses Jahr wählten die Arbeitnehmer den Vorsitzenden des Ausschusses Paul Löwig als Delegierten zum Darmstädter Verbandstag. Für die zahnärztliche Behandlung fordert Salomon auch die Zulassung der Dentisten, welchem Wunsch statzugeben Direktor Oberländer einstweilen als unerfüllbar bezeichnete, da der bestehende Vertrag mit den Zahnärzten dies verbiete. Diesen vorteilhaften Vertrag zu kündigen, rät auch Hoff ab. Einem Eruchen von Boldt, den Familienangehörigen der Mitglieder die Heilmittel, die sie von der Kasse nicht erhalten, zu Kaufpreisen zu gewähren, kann nicht entsprechen werden, weil sich die Apotheker darauf nicht einlassen. Die Jahresrechnung wurde einstimmig genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. — Eine lange Debatte führte auch die Genehmigung des Arztvertrages herbei, zu dem Körner bemerkte, daß am Ganzen nichts mehr zu ändern sei. Er deutete auf die straffe Arztorganisation hin, die ihre Mitglieder durch einen Ehrenverpflichtungsschein in der Tasche habe. Nach den Übergangsbestimmungen gehe es aufs Ganze. Nach kurzer Debatte wurde der Hauptvertrag gegen einige Stimmen genehmigt, ebenso der Anhang für die Ärzte im Fürstentum. Lebhafter wurde über die 5 Pfennig gestritten, die pro Jahr und Mitglied zur Abfindung der arbeitswilligen Ärzte an die Seeamtshandlung gezahlt werden sollen. Die Summe, zu der auch die Ärzte beitragen, soll in die Millionen gehen, obwohl nur 200—300 Ärzte in Frage kommen. Lübeck wird jährlich etwa 1600 Mark beitragen müssen. Der Vorsitzende der Verammlung betonte, daß wohl niemand darüber erfreut sein werde, doch befänden wir uns in einer Zwangslage. Die Erfüllung dieser Forderung sei leider eine Konsequenz des vom Hauptverband der Ortskrankenkasse mit den Ärzten geschlossenen Abkommens. Dagegen läßt sich nichts machen, da die Lübecker Ortskrankenkasse dem Hauptverbande angehört. Auch dieser Antrag wird angenommen. Der Vorsitzende gab weiter die neugegründeten Zahl- und Arbeitsstellen im Eingemeindungsgebiet bekannt, die errichtet wurden in Rüdnitz, Kraau, Kronsförde, Sebdendorf, Niendorf, Gr.-Saxteifen, Tramm und Nisse. Schlutup und Travemünde haben eigene Verwaltungsstellen erhalten. Lebhaft gestritten wurde um die Dienstordnung. Besonders von Arbeitgeberseite, den Herren Schweigler, Thiel und Ohrmann wurde die Erhöhung der Beamtenstellen in dem vorgezeichneten Maße bemängelt, auch Salomon bezeichnete die Beamtenanzahlvermehrung als kolossal, die Abfertigung gehe jetzt noch nicht so schnell vor sich, als man erwartete. Die Bezahlung für die neu einzustellenden Stenotypistinnen sei zu minimal. Körner erklärte auf die Einwandungen, daß man mit den geforderten Beamten und der Dienstordnung auf 5—6 Jahre auszukommen gedenke und daß sie Ruhe in den Betrieb bringen soll. Nach langem Hür und Wider zieht Thiel seinen Antrag, nur 7 weitere etatmäßige Beamte zu genehmigen, zurück. Die Boten sollen in Zukunft „Einlassierer“ betitelt werden. Doch ist es zweifelhaft ob sie durch diese Namensänderung in die Angestelltenversicherung aufgenommen werden. Mit der Gehaltsordnung sind die Beamten nicht zufrieden. Sie fordern Bezahlung nach dem Tarif der Bureauangestellten Deutschlands, den Liebst anzunehmen bittet. Körner tritt diesen Forderungen mit der Erklärung entgegen, daß die hiesigen Krankenkassenangestellten diese Höhe schon längst bezögen. Die Arbeitgeber lehnten den Antrag Liebst wie seinen Eventualantrag ab, während die Arbeitnehmervertreter dem Eventualantrag, der drei Klassen besser stellen will als der Vorstand, zustimmten. Barzel fordert für die weiblichen Mitglieder den gleichen Lohn wie für die männlichen. Da die Zeit schon über Mitternacht fortgeschritten war, die Arbeitgeber sich zwar zu einer Verständigung bereit erklärten, aber noch längere Debatten erwartet wurden, beschloß man die Versammlung zu vertagen.

b. Seeantsverhandlung am 22. April. Unfall des Dampfers „Lulea“. Der Kohlendampfer „Lulea“ war Anfang März auf der Reise von Blith nach Lübeck unter Führung des Kapitäns Glerbrock. Das Schiff gehört der Firma Hoeschl, wurde 1889 in Glasgow aus Eisen erbaut und hat 6342 Bruttotonnen Rauminhalt. Es mußte den Großen Belt passieren, wo es durch nebliges Wetter und starken Wind langsamen Kurs zu nehmen gezwungen war. Die vorgenommenen Lotungen ergaben Tiefen von 16 bis 32 Meter. Der Kapitän entschloß sich schließlich zur Kursänderung, als er die Heulboje von Romsoe hörte. Es stellte sich heraus, daß der Kurs zu weit östlich genommen war. Der Kapitän ließ zum Umdrehen den Warpanker werfen, gewährte aber alsbald, daß er festlaufen war. Mit dem

Rettingsboot wurden hierauf Lotungen vorgenommen, und nach diesen war der Dampfer nach einer Viertelstunde wieder flott. Der Matrose auf dem Ausguck hatte es unterlassen, dem Kapitän von den Hocheulrufen Mitteilung zu machen. Größeren Schaden scheint der Dampfer nicht erlitten zu haben. Der Spruch des Seeamts über den Unfall am 2. März auf unschuldig Wetter und darauf zurück, daß das Schiff weiter östlich getrieben war, als die Schiffsleitung angenommen hatte. Diese trifft kein Verdict. Unrichtig war, daß der Mann im Ausguck keine Meldung machte, als er die Heulboje hörte. Aus dieser Unterlassung ist dem Kapitän kein Vorwurf zu machen. — Man über Bord auf dem Dampfer „Alexandra“. Am 30. März fuhr der Dampfer „Alexandra“ mittags 4 Uhr in die Dänemünde ein. Ein Lotsenwechsel hatte gerade stattgefunden und die Polizeirevision war im Gange, als plötzlich der Ruf erfolgte: Mann über Bord. Obwohl das Schiff sehr langsam trieb, Rettungsring und Rettungsleinen ausgeworfen wurden und auch das Rettungsboot in 1 Minute herabgelassen war, konnte der Matrose nicht mehr aufgefunden werden. Es handelt sich um den 27-jährigen Matrosen Paul Barzel aus Stahlbrode in Bornum, der seit 8 Jahren zur größten Zufriedenheit auf dem Schiff tätig war. Es ist der ganzen Besatzung unergründlich, wie sich das Unglück zutrug, da B. kurz vorher aus der Koje gekommen war und sich mit dem Lösen der Decklast beschäftigt hatte. Barzel stand zuerst lotrecht im Wasser, machte jedoch keine Anstalten, die Rettungsmittel zu ergreifen, obwohl sie in Reichweite waren. Wahrscheinlich wurde er sofort von einem Schlaganfall getroffen. Das Seeamt fällt folgenden Spruch: Barzel ist am 30. März auf nicht aufzuklärende Weise über Bord geraten. Selbstmord ist ausgeschlossen, insbesondere ist nicht anzunehmen, daß schlechte Behandlung schuld ist. Die Rettungsmaßnahmen waren richtig.

Eingangsamt für Mietstreitigkeiten. Man schreibt uns: Am Freitag, dem 17. April fand die erste Sitzung des Eingangsamtes nach dem Ostertermin statt. Es kamen nicht weniger als fünf Mietstreitigkeiten zur Verhandlung. In vier Sachen wurde ein Vergleich erzielt; in der fünften Sache waren die Bemühungen um Erzielung eines Vergleiches in der Sitzung selbst ergebnislos. Aber schon am Tage nach der Sitzung, die übrigens von 6—10 Uhr währte und an die Geduld des Vorsitzenden und der Besitzer besonders große Anforderungen stellte, erklärten sich die Parteien dem in der Sitzung gemachten Vorschläge zustimmig, so daß in sämtlichen fünf, zum Teil recht komplizierten Fällen gelungen ist, den Rechtsfrieden zu wahren und Prozessen vorzubeugen. In allen Fällen waren nicht nur die sämtlichen Beteiligten, sondern auch die als Zeugen und Sachverständigen in Betracht kommenden Personen erschienen, die Verhandlungen ergaben daher auch in jedem Falle ein durchaus erschöpfendes, zweifelsfreies Bild von der Sachlage und ermöglichten eine angemessene Erledigung der vorliegenden Streitpunkte. So erbringt jede Sitzung des Eingangsamtes von neuem den Beweis, daß es sich um eine Einrichtung handelt, die den Beteiligten viel Ärger und erhebliche Prozeßkosten erspart — die Tätigkeit des Eingangsamtes ist völlig kostenlos — und die auch die Gerichte von einer großen Zahl von langwierigen Mietprozessen entlastet.

Schwerer Unfallfall einer Lübeckerin. In einem Pariser Hotel erlitt Fräulein P. aus Lübeck, die Tochter des bekannten Arztes, eine schwere Verletzung am Kopfe, als sie den Aufzug verlassen wollte.

Neues Stadttheater. In dieser Woche wird auf allen deutschen Bühnen, die das höhere Schauspiel pflegen, Shakespeares 350. Geburtstag gefeiert werden. Unsere Bühne darf dabei nicht zurückbleiben. Aus betriebstechnischen Gründen ist jedoch nicht der 23., der eigentliche Schafeprestag gewählt worden, sondern der 25. ds. Mts. Wie schon bekannt, ist eine Aufführung des „König Heinrich IV.“ angesetzt, ein Werk, das neben großen tragischen Zügen auch die genialste komische Erfindung aller Zeiten, Falstaff, in besonders helles Licht rückt, gewiß nicht zum Schaden einer Festvorstellung. Das Haus wird in Festbeleuchtung erstrahlen. Vorur wird Dr. Levertühn dem feierlichen Anlaß einige ganz kurze, kennzeichnende Worte widmen. Ein zweiter Feiertag im Schauspiel wird Albert Bassermanns Gastspiel am 28. April sein, wo sich in der Rolle des träumerischen Schuldirektors Prof. Dr. Niemeyer in der tragischen Komödie „Traumulus“ das Wunder einer ganz großen Menschendarstellung offenbaren wird, einer Menschendarstellung, die mit fortzieht in die Mythen des Mittelalters. Das Gastspiel hat in weiteren noch den Reiz der Neuheit an sich, weil es das erste ist, das der geniale Künstler in unserer Stadt und auf unserer Bühne gibt. Außer im Film ist er dem großen Lübecker Publikum als Darsteller noch nicht bekannt geworden. Die ihn aber von daher kennen, werden ahnen, weshalb hoher künstlerischer Genuß durch sein Kommen bevorsteht; die ihn schon auf der Bühne gesehen haben, werden es wissen. Für heute verweisen wir nochmals auf das Gastspiel Th. Lattermanns im „Barbier von Bagdad“ und auf „Coppelia“.

Essentielle Trintzfürgestellte Lübeck, Parade 1 (Schloß Rankau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 24. d. M., abends 6 bis 7 Uhr.

Neufirelit. Ländliche Feuerstrahlung. Auf dem Rittergut Neuhaus bei Friedland wurden durch ein großes Feuer, das nachts in einer Scheune zum Ausbruch gekommen war, sämtliche Kuh-, Pferde- und Schafställe eingeeßert. Nur das Wirtschaftshaus konnte gerettet werden. Sämtliche Jungvieh, sechzig Milchkuhe, zwölf Pferde, sämtliche Schweine und Hühner, sowie sämtliche Futtermittel und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen, Wagen und Gerätschaften sind im Raub der Flammen geworden. Wegen Verdachts der Brandstiftung ist ein polnischer Schmitt verhaftet worden.

Parasit. Ein Großfeuer brach in der Nacht zum Montag in der Scheune des Erbpächters Warrde in Spornitz aus. Von der Scheune sprang das Feuer auf das angrenzende Erbpächtersgehöft des Erbpächters Möller über. Das ganze Gehöft mit vier Gebäuden wurde ebenso wie die Scheune vollständig eingeeßert. So schnell breitete sich das Feuer aus, daß die Frau des Erbpächters Möller in Gefahr geriet, zu verbrennen und durch ein Fenster gerettet werden mußte. Infolge des schnellen Umfanges des Brandes konnte das Vieh nur zum kleinen Teil gerettet werden. 4 Pferde, 11 Kühe und 35 Schweine kamen in den Flammen um. Nur 8 Kühe und 2 Fohlen konnten gerettet werden. Mitverbrannt ist auch eine große Summe Papiergeldes. Da der Brand der dritte in einem halben Jahre ist, der nach einer Festlichkeit ausbrach, wird als Entstehungsurache böswillige Brandstiftung vermutet.

Oldenburg. Landtagswahl. Bei der Landtagswahl im Kreise Delmenhorst-Land war der Bund der Landwirte siegreich. In Stelle des verstorbenen Gutsbesizers Müller-Nuhorn wurde der Baumann Alfs in Horkentkamp mit 2543 Stimmen gewählt. Der fortschrittliche Kandidat Müller-Süderschwei erhielt 372, der Sozialdemokrat Genosse Denter-Gandertke 1029 Stimmen. Alfs hat schon früher dem Landtag angehört.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schömann, Druck: J. H. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Auf zur Jubelfeier des 1. Mai!

Zum 25. Male jährt sich der Weltfeiertag der Arbeit. Welch schönen Siegesweg hat das Proletariat seit jenem Pariser Kongreß von 1889 zurückgelegt, der den 1. Mai durch Arbeitsruhe aller Arbeiter zu einem großen Feste der Zukunft zu erheben beschloß! Wie gewaltig ist in diesen 25 Jahren die wirtschaftliche Macht der Arbeiterkoalitionen, der Wissensschatz in den Proletarierhirnen und die kulturelle Leistungsfähigkeit der Volksmassen angeschwollen!

Tausend Hindernisse, die dem Vordringen der Kämpferscharen kommender Lichttage entgegenstarrten, sind aus dem Wege geräumt worden. Aber noch gilt es, tausende zu beseitigen. Noch ragt unerschüttert das Zwingur des Kapitals in die Lüfte. Frecher als je erhebt die Reaktion ihr Haupt. Unter dem Geschrei nach Schutz der Arbeitswilligen versuchen die Scharfmacher das Koalitionsrecht zu meucheln. Die niederträchtige Infamie, mit der in Preußen

die Gewerkschaften unter die Fuchtel des Vereinsgesetzes gebracht werden sollen, die Klassenjustiz, die Lebensmittelteuerung, die brutale Willkür des Militarismus, die steigende Flut des Imperialismus mit all seinen Teilerscheinungen, den Kriegshetzern und Rüstungstreibern, erfordert, daß die Arbeiter einen eisernen Willen und das siegestrohe Bekenntnis zum sozialistischen Endziel entgegensetzen! Immer noch fordern sie am 1. Mai:

Den Achtstundentag!
Das gleiche Wahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften!
Den Völkerfrieden!

Das Maifeier-Komitee ladet die Arbeiterschaft von Lübeck und Umgegend zu folgenden Veranstaltungen ein:

Freitag, den 1. Mai, vormittags 9 Uhr

Große Volksversammlung im Gewerkschaftshaus

unter Mitwirkung des Chorvereins Lübeck.

Referent: Reichstagsabgeordneter Heinrich Peus-Dessau.

Mittags 1 Uhr:

Sammeln zum Festzug auf dem alten Bahndamm

(vis-à-vis dem alten Bahnhof).

Abmarsch präzise 1½ Uhr nach Moisling.

Ansprache des Reichstagsabgeordneten Heinrich Peus-Dessau auf dem Festplatze in Moisling.

Konzert und Ball

im Moislinger Baum, in Siemers Kaffeehaus, im Travestrand, bei Hoyer und bei Martens-Genin.
Baumblüte in Hohenstiege und Padelügge.

Von 5—6½ Uhr Kinderbelustigungen hinter Gasthof zum Travestrand.

Für alle, denen die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht möglich ist:

Abends von 8 Uhr an: Ball im Gewerkschaftshause, Johannisstr.

Daselbst um 9 Uhr: Ansprache des Reichstagsabgeordneten Peus.

Karten im Vorverkauf: Im Parteisekretariat, im Gewerkschaftshaus, in der Expedition des Lübecker Volksboten, bei den Gewerkschaftsvorständen und -kassierern, Karl Wittfoot, Huxstr. 18, Gustav Ehlers, Huxstr. 110 und Kuhr, Johannisstr.

— Die Karten sind überall sichtbar zu tragen! —

**Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Weltfeiertag muss zu einer wuchtigen Kundgebung, zu einer kühnen Kampfansage gegen die Reaktion werden!
Werbt und rüstet für die Arbeitsruhe!**

Hoch die internationale Völkerverbrüderung! Hoch der 1. Mai!

Shakespeare und seine Zeit!

1564 — 23. April. — 1914.

Das Kirchenbuch der anglikanischen Kirche zu Stratford-on-Avon in England verzeichnet unterm 26. April 1564 die Taufe des William Shakespeare (Sprich: Schafspier!), der zum größten Dramatiker heranwuchs, den die Menschheit bisher erlebte. Geboren ward er wahrscheinlich drei Tage vor seiner Taufe. So außerordentlich gewaltig war das Werk dieses Mannes, daß sein Name uns heute zum Symbol eines Zeitalters geworden ist, daß sich mit ihm untrennbar verknüpfte die Vorstellung der Renaissance, der Zeit der großartigsten kulturellen Umwälzungen in der menschlichen Geschichte. In ihr erhob sich der Flug des menschlichen Geistes zu vorher nie geahnten Höhen. Es durchrauschte sie ein gewaltiger Strom schöpferischer Kraft und Tätigkeit, der mit stürmischer Gewalt zum Gipfel jeder erreichbaren Vollendung in allen Werken aufschwoll. Die hochgebauten Mauern, welche der Zwang der Verhältnisse jeder schnelleren kulturellen Aufwärtsentwicklung in den Weg gebaut hatte, sanken donnernd in sich zusammen. Scheinbar schrankenlos weitete sich der Horizont aller Möglichkeiten dem menschlichen Blicke. Hell aufjauchzend stürmte der Genius der Menschheit in die Regionen neuer und unerhörter Taten. Eine bis dahin ungekannte Welt voll strahlenden Glanzes eröffnete sich seinem Sehnen und mit dem Jugendkraft spendenden Verlangen nach ihrem Besitz begann er sie in schneidiger Tatkraft zu erobern.

Die Ursachen des grandiosen Lebens der Renaissance lagen in dem Uebergange der Menschheit zu einer neuen Wirtschaftsweise und damit zu einer völlig neuen Kultur begründet. Sie tat den gewaltigen Schritt von der Naturalwirtschaft des Mittelalters zur Warenproduktion und zum Weltverkehr der Neuzeit. Im Mittelalter wirkte sich das menschliche Leben im allerengsten, geistlich-beschränkenden Kreise aus: in der Familie. In ihr wurde alles zur Lebenshaltung Notwendige produziert, und es wurde nur produziert, um in der Familie oder der kleinen bäuerlichen Marktgemeinschaft, der sie angehörte, verbraucht zu werden. Nicht um Handelsgewinne zu erzielen, rang der Produzent in Gemeinschaft mit seinen Angehörigen dem Boden seine Früchte ab, stellte er Acker, Arbeitsgeräte und sonstige Gebrauchsgegenstände her, nein nur, um damit die Bedürfnisse seiner Familie zu befriedigen. Mit der Außenwelt pflog er keine Beziehungen. Vor menschlichen Feinden, die ihn hätten gefährlich werden können, schützte ihn sein Feudalherr, dem er unterstand und Tribut zahlte, mit Waffengewalt.

Das wurde allmählich anders, je mehr sich empirisch das Prinzip der Arbeitsteilung entwickelte. Es wuchs aus dem Schoße der Hausgemeinschaft empor, in welcher es allmählich Brauch wurde, daß dieser hauptsächlich und zuletzt immer nur das tat, der jenes und endlich einem Dritten allein die Abwehr von Feinden übertragen wurde. Je geschickter der Mensch in der Handhabung seiner Arbeitswerkzeuge wurde, um so weitgehender gestaltete sich die Arbeitsteilung, bis sie zum Geburtshelfer des selbständigen Handwerks wurde. Und mit seinem Antritt auf dem Plan des Weltgeschehens beginnt die Renaissance, der Zusammenschluß der Menschen zu großen Kulturgemeinschaften und geschlossenen Staatsgebilden. Der mächtigste Antrieb hierzu war die Ent-

wicklung des Handels und der mit ihm verknüpften modernen kapitalistischen Geldwirtschaft. Beschränkte sich das Handwerk gegen Ausgang des Mittelalters noch auf den Austausch seiner verschiedenartigen Erzeugnisse gegeneinander — der Schuster gab dem Schneider Stiefel für einen Anzug — so begann mit der sich steigenden Produktivität der Arbeit, welche weit mehr hervorbrachte, als vom örtlichen Gebrauch zu konsumieren war, die Produktion für den Handel, für den Warenaustausch gegen Geld. Mit dem Erscheinen des Geldes in der Form und Funktion des Kaufmannskapitals hebt die Produktionsweise der menschlichen Gesellschaft, die wir als die kapitalistische bezeichnen, an und mit ihr die Neuzeit, die in der Renaissance die Menschheit zur völligen Neugestaltung ihrer der mittelalterlichen Hauswirtschaft angepaßten gesellschaftlichen Einrichtungen zwang.

Menschlicher Tatendrang und menschliche Energie wuchsen um diese Epoche ins Gigantenhafte. Kein Wunder. Für den mittelalterlichen Menschen war Lebensaufgabe die Sorge für seinen Lebensbedarf, der im Kreise seiner Familie selbst hergestellt wurde, was alle Kräfte in Anspruch nahm. Darüber hinaus gabs nichts mehr und war nichts zu erhoffen. Aber mit dem Beginn der auf Gewinn eingestellten Warenproduktion mußte sich das ändern. Alle örtlichen Grenzen fielen. Unendlich weit erschien dem spekulierenden Geiste die Erde. Immer neue Möglichkeiten materiellen Aufschwunges taten sich ihm auf und jeder drängte, sie auszunutzen. Energiehebende und ständige Visionen der Wahrscheinlichkeit der Gewinnung wirtschaftlicher, nie geahnter Reichümer, von weitgebietender, königlicher Macht trieben die Renaissancemenschen an, alle Kräfte zur Durchziehung ihrer Absichten einzusetzen. Eine weiträumige Lebenslust sondergleichen durchglühte sie und ließ aus ihrer Mitte Persönlichkeiten hervorgehen, die, wo und wie sie sich auch betätigten, Meisterhaftes vollbrachten.

William Shakespeare gehört zu ihnen. Riesenhaft ist sein Werk, in dem die Tendenzen der Renaissance ihre unvergänglichsie Wiedergabe und Veranschaulichung, Verlebendigung erfuhren. Sein Dichtergenius war wie die Zeit, da er schuf: überprudelnd von tausend Gedanken, deren einer die andern jagt und die doch alle mit unbegreiflicher Schöpfer- und Bildnerkraft bis zur letzten Konsequenz durchdacht und verbildlicht wurden. Aus dem erhabendsten Wahrheitsgefühl und Streben nach Licht und Klarheit über alle Geschehnisse sind sie geboren und auf den nacktesten, allereinfachsten und daher wuchtigsten, wirksamsten Ausdruck gebracht. Alle menschlichen Leidenschaften, die guten wie die schlechten, leben in den Personen der Shakespeare'schen Dramen und sind mit offener Herzigkeit, nichts verschweigender oder beschönigender Deutlichkeit vor das Forum der Öffentlichkeit gestellt. Wie Gewitterstürme brausen sie über ihre Träger dahin, sie adelnd über vernichtend. Die Komödie des Lebens — sie hat Shakespeare mit starker Hand in sein Werk gebannt und auf die Bühne gestellt.

Nicht wahllos ergriß er die Stoffe für seine Dichtungen, nicht etwa aus einer dem wahren Kunstsinne fremden Freude am Gemeinen und Alltäglichen zog er seine oft drastischen Vergleiche heran — stets war es der Geist seiner Zeit, der ihn alles Geschehen auf die einfachste, herbste Formel bringen ließ. Wuchtig sind daher seine Mittel, wuchtig seine Sprache, wuchtig seine Charakterisierungskunst. Wahrheit über alles, was trieb und vollbrachte, Wahrheit um jeden Preis — sie gab Shakespeare in seinen Dramen. Deshalb gehören sie zu

den großartigsten Leistungen der Renaissance, deren leuchtendstes Denkmal sie sind, zugleich aber auch ein solches menschlicher Größe, Kraft und Reife, wie es zum zweiten Male kaum vorhanden.

Wie ganz und gar Shakespeare von den Ideen seiner Zeit ergriffen war, können wir hier im Einzelnen an seinen Dramen nicht nachweisen. Daß er aber instinktiv den Anbruch eines neuen Zeitalters menschlicher Kultur, den unwiderrüflichen Untergang der mittelalterlichen Feudalherrschaft verspürte, zeigt die glänzende Reihe seiner Königsdramen. Deutlich ist darin fast überall sein Bemühen hervorgekehrt, aus der kraftvollen Herrschaft der Könige den Wohlstand des tätigen Volkes und wiederum hieraus dessen Treue für die Könige herzuleiten. Und das war in der Tat vollauf berechtigt. Der Kaufmann, der Herr der neuen Zeit, konnte seine Handelsbeziehungen um so weiter knüpfen, eine je größere Macht, politische Macht, hinter ihm stand, je größer und geschlossener die Nation war, der er angehörte. Um so umfassender und wirkungsvoller war natürlich auch der Schutz, den sie ihm im Auslande angedeihen lassen konnte. Das Kapital hatte daher die Tendenz, Staatenbildungen zu befördern und stärkte vor allem, im Gegensatz zum Feudaladel, die Macht der Fürsten und Könige, denen es in ihren zahllosen Kämpfen gegen ihre aufsässigen Landjunker immer beistand. Daher gelangte in der Renaissance auch der Prozeß der Bildung geschlossener Staatsweisen und Monarchien, der verschiedenen, in Sprache und Sitten von einander abweichenden Nationen, zum raschen Abschluß. Die ökonomischen Interessen der neuen Wirtschaftsordnung erforderten es so.

Allzu weit vorausgestürmt aber war in der Renaissance der menschliche Geist dem Gange der wirtschaftlichen Entwicklung, die nur allmählich die politischen und ökonomischen Formen des Mittelalters zerbrechen konnte. Der menschliche Geist jedoch überflog diese Schranken und schuf Vollenbetes, das seiner Zeit zumeist noch unverständlich blieb. Besonders auch Shakespeare ist hierfür ein Beispiel. Zwar genoh er zu Lebzeiten hohe Ehrungen und Anerkennungen seines Genies. Aber seine ganze ungeheure Bedeutung erkannten auch seine Zeitgenossen nicht. Als der Puritanismus um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts über England hereinbrach, als die Theater geschlossen wurden, da verschwand auch Shakespeares Werk für lange Zeit aus dem öffentlichen Wirkungskreise. Erst das 18. Jahrhundert begann das heroische Genie Shakespeares zu ahnen; Lessing und Wieland bereiteten ihm seine Wege nach Deutschland vor, Goethe pries ihn mit überhäuften Begeisterung und die Brüder Schlegel endlich übersetzten seine Werke in ein Deutsch von solcher Vollendung, daß Shakespeare heute mehr ein deutscher als englischer Dichter zu sein scheint, auf alle Fälle aber dem deutschen Theaterleben unvergleichlich vielmehr ist als dem englischen.

Unsere Zeit erst vermag die historische Bedeutung Shakespeares voll und ganz zu würdigen. Denn auch sie erlebt die Vorbereitung einer neuen Umwälzung der menschlichen Gesellschaft, eines neuen sozialen und kulturellen Aufschwunges der Menschheit. Stand die Renaissance unter dem Zeichen des Individualismus, so leuchtet über unserm Jahrhundert der Stern der internationalen Völkerverbrüderung. Das Kapital hat die Produktion unter privater Kontrolle mehr und mehr vergesellschaftet. Das internationale Proletariat aber ist auf dem Wege, sein Erbe anzutreten. Und das ist die

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf G. A. Saltas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(2. Fortsetzung) Nachdruck verboten.

Am nächsten Morgen wollte sich kein Beamter mehr betheiligen lassen, so verlockend auch die angebotenen Summen waren, und das Geschäft, welches Pauline hierher geführt hatte, zog sich daher in die Länge.

Trotzdem bestand sich Dschanschiw nach wie vor in großer Aufregung; Tag für Tag kam er zur Fürstin Pauline und ersuchte sie, von ihrem Vorhaben abzusehen, da daselbe ihr doch keineswegs zur Ehre gereiche. Und als Elias Petrowitsch sich über sein verzweifelttes Geschäft aufs höchste belustigte, sagte er in ruhigem, ernstem Tone:

„Ausrichten können Sie nichts; denn Fürst Andrej Zwaniwitsch ist doch der rechtmäßige Herr und Besitzer des Leibeigenen Jegor, und ich bin der Bevollmächtigte des Fürsten. Was wollen Sie dagegen einwenden? Nun, Sie werden mir höchstens die Sache erschweren und auf acht Tage hinauschieben.“

Fürst Elias erwiderte keine Silbe, aber er dachte bei sich: Was redet der da von acht Tagen? Wir brauchen nur noch achtundvierzig Stunden, und dann ist mein Leibeigener „Abbe“ mit seiner Braut längst über alle Berge.

Gegen Abend kam Zwan Leontiwitsch in den Gasthof und erklärte ganz kurz:

„Jegor ist abgehoren.“

Fürst Elias bat den Beamten, er möge sich setzen und ein wenig warten. Hieraus begab er sich in das anstoßende Zimmer, um seiner Cousine in der schnellsten Weise mitzuteilen, was geschehen sei. Pauline stieß einen fürchtbaren Schrei aus, sank in ihren Sessel zurück und rautte sich die Haare.

„Was . . . er ist eingekleidet?“

„Jawohl, Cousine, jetzt ist er Soldat. Sobald man ihm die Stirn geschoren hat, ist sein Schicksal besiegelt. Wenn er jetzt noch fliehen will, so darf er die Mütze nicht mehr abnehmen.“

„Was für eine Stirn . . . welche Mütze?“ fragte Pauline wirr.

„Das ist in Rußland nun einmal so Brauch; man scheert den Soldaten ungefähr zwei Zoll breit die Haare von der Stirn fort, um einer etwaigen Flucht vorzubeugen. Entrecht demnach ein Soldat, und erwischt man denselben, so

nimmt man ihm die Mütze ab und verbeugt sich spöttisch vor ihm, indem man zu ihm sagt: „Geruhen Sie soldatische Hoheit gefälligst in kaiserliche Dienste zu treten!“

„Was ist jetzt zu tun?“ fragte Pauline mit bebender Stimme.

„Das weiß ich nicht, ich weiß nur soviel, daß uns der Nichtswürdige überlistet hat. Morgen in aller Frühe bringt man Jegor nach Kasan. Jetzt gehört er nicht mehr dem Fürsten Berezopolski, sondern dem Staate, er ist kein Bauer mehr, sondern ein Staatsbürger.“

„Ich fahre mit.“

„Wohin?“

„Dorthin, wohin man ihn bringt.“

Der Fürst erwiderte nichts, sondern er ging zu dem Beamten hinaus, um diesen zu fragen, ob es nicht vielleicht doch noch ein Rettungsmittel gäbe. Der Beamte zuckte die Achseln und meinte, es wäre bereits zu spät, und man möge daher die Sache auf sich beruhen lassen. Wohl gäbe es noch ein Rettungsmittel, nämlich die Flucht, allein wenn dieses Mittel fehlschläge, so wären Jegor die Spieghuten gewiß, und außerdem ginge es seinen Helfershelfern eine Stunde schlecht.

„W—a—s?“ rief der Fürst, indem sein Gesicht plötzlich so ernst wurde, wie nur jedes Jahr einmal. „Wer sind denn seine Helfershelfer?“

Der Beamte antwortete, daß der Fürst Elias Petrowitsch Berezopolski und seine Cousine als die Helfershelfer des Leibeigenen Jegor Milowanow angesehen würden, und entwich dabei, so hätten sie einen Prozeß zu gewärtigen.

„Und was wird man uns denn tun?“ fragte der Fürst in ernstem Tone.

„Das kann ich Ihnen nicht sagen, aber jedenfalls passiert Ihnen etwas Unangenehmes.“

„Man wird uns doch wohl nicht etwa mit Ruten peitschen?“

„Nein, das wohl nicht, aber man wird streng mit Ihnen ins Gericht gehen, und die Geschichte würde Ihnen zweifelsohne teuer zu stehen kommen.“

„Nun, da haben wir's! Ich Fürst Elias Petrowitsch Berezopolski werde vor den Schranken des Gerichtes stehen, und zwar deshalb, weil ich mich mein ganzes Leben hindurch in der weiten Welt herumgetrieben und mich nicht um die einfachsten Sachen in Rußland gekümmert habe.“

„Das ist richtig,“ versetzte der Beamte, obwohl der Fürst nicht zu ihm, sondern zu sich selber gesprochen hatte. „Und die Hauptsache liegt darin, Durchlaucht, daß, wenn Sie auch keine strenge Strafe treffen sollte, die offenkundige Beihilfe, die Sie einem Dejureten gewähren, Ihnen die Unnade des

Kaisers zuziehen würde, und alsdann wären Sie vollständig ruiniert.“

Ehe der Tag graute, war Fürstin Pauline schon reisefertig; sie wartete nur noch auf die Rückkehr des Boten, welchen sie in die Kaiserne geschickt hatte, um sich genau zu erkundigen, ob der Rekrut Milowanow noch in der Stadt sich befände oder auf dem Wege nach Kasan sei. Sie ließ Instanz und Besorgnis außer acht, nur von dem einen einzigen Gedanken besetzt, Jegor nahe zu sein und sich und ihn zu retten. Immerhin war es ja möglich, den Geliebten zu sehen und zu sprechen und in ein entgegenes Dorf mit ihm zu fliehen; und hätte ihr Better in die das verprochenes Geld, dann konnte es ja nicht schwer halten, falsche Pässe sich zu besorgen und ins Ausland zu reisen. Manchmal kam ihr dieses alles so ungewöhnlich einfach vor, daß sie über ihre Besorgnis, ihre Angst lachen mußte.

Als Pauline in ihren Reijesleibern sitzend am Fenster stand und nach ihrem Boten ausspähte, sah sie auf einmal den Verwalter in schnellen Schritten auf das Haus zueilen.

„Was will der Schuft hier?“ rief die Fürstin, indem eine abergläubische Furcht sie beschlich. „Lasset den Menschen nicht herein!“

Sie glaubte, jener „asiatische Teufel“ besitze die Macht, sie an die Stelle zu bannen, so daß sie ihrem Geliebten nicht nachreisen könne, und sie freizüchte in ihrer unglücklichen Angst so laut auf, daß ihr Better erschreckt in ihr Zimmer stürzte.

„Er kommt . . . Lasset ihn nicht herein . . . Ich will ihn nicht sehen . . . Er hat keine Gewalt über mich, er kann und darf mich nicht zurückhalten . . . Ich bin ja keine Leibeigene, und zum Glück zähle ich schon dreißig Jahre . . .“

Als Elias Petrowitsch endlich begriff, daß es sich um den Verwalter Dschanschiw handele, und gerade im Begriffe stand, zu ihm hinauszugehen, hatte dieser bereits im Vorzimmer seinen Fuß abgelegt und erschien jetzt auf der Schwelle.

„Was wollen Sie?“ hieß Pauline. „Ich mag Sie nicht sehen.“

„Gehen Sie fort!“

„Entschuldigen Durchlaucht, ich tue nur meine Pflicht. Getreulich und gewissenhaft habe ich als Mann von Ehre die Befehle des Fürsten, Ihres Herrn Vaters, nachgekommen, aber fortan sehe ich ganz zu Ihrer Disposition, Durchlaucht.“

„Gehen Sie fort!“ wiederholte die Fürstin.

„Verzeihung, Durchlaucht, ich weiß, daß ich mir, wenn auch unbedientermaßen, Ihren Haß zugezogen habe, doch ich bitte, Durchlaucht wollen gnädigst geruhen, diesen Brief durchzulesen, welchen ich soeben erhalten habe.“

„Ich will keinen Brief sehen . . . Gehen Sie fort!“ (Fortsetzung folgt.)

Ueberführung aller Produktionsmittel in den Gesellschaftsbesitz, die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die lediglich bedürfnisbefriedigende. Ist dieses hohe Ziel einmal errungen, so werden ungeheure Kräfte aus dem Zwange des Broterwerbes frei werden zur Arbeit an der geistigen und kulturellen Fortentwicklung der Menschheit. Auch unsere Zeit ist daher die einer Renaissance, welche aber die des 16. Jahrhunderts an kultureller und sozialer Bedeutung unermesslich übertrifft. Das Proletariat gibt ihr die besondere Bedeutung. Das Proletariat ist es auch, in welchem *Espece* Wert sicherer Gut und sicherstes Verständnis finden muß.

Aus der Partei.

Julius Lehmann. Am Dienstagabend starb im Krankenhaus St. Georg in Leipzig der zweite Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung“, Julius Lehmann, im Alter von 49 Jahren. Er gehörte zu den in den vordersten Reihen der Leipziger Partei stehenden Genossen. Lehmann war von Jahre 1896 an bis jetzt Stadtverordneter und Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Er hat in kommunalpolitischer Beziehung in Leipzig eine außerordentlich umfangreiche Tätigkeit entfaltet. In der Leipziger Partei bekleidete Lehmann wiederholt mehrere der ersten Parteiamter. Im Jahre 1888 erhielt er wegen Wahlrechtsbeleidigung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. In dem Verstorbenen verlieren die Leipziger Parteigenossen einen fleißigen, kenntnisreichen und braven Parteigenossen.

Aus den Parteioptionen. Im sozialdemokratischen Verein für den ersten jährlichen Reichstagswahlkreis 31-tan stieg im abgelaufenen Geschäftsjahre die Mitgliederzahl von 1919 auf 2364; darunter befinden sich 345 weibliche. Frauenabende finden jetzt in drei Orten statt. Die Zentralbibliothek vermehrte ihren Bestand von 1710 auf 1848 Bände. Der Kreisbildungsausschuß trat 68 Veranstaltungen, davon 35 auf wissenschaftlichem und 21 auf künstlerischem Gebiete. Die Jugendbewegung hat in sechs Orten Fuß gefaßt. Die Einnahmen betrugen 8871,27 Mk. Die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung beschloß, einen Antrag an die Landesversammlung zu richten, wonach die Landesinhalten mit der Redaktion und dem Verlag der „Kommunalen Praxis“ in Verbindung treten sollen, um eine bessere Ausgestaltung der Zeitschrift zu erreichen. Alljährlich sollen zwei Gemeindevertreterkonferenzen stattfinden. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter stieg von 95 auf 102. Als Kreisleiter wurde Genosse Heinrich Schmeißer wiedergewählt.

Die Furcht vor den gefangenen Arbeiterführern. Die sozialdemokratische Dumafraktion erfuhr kürzlich, daß die Bewachung des zurzeit in der sibirischen Verbannung lebenden Genossen Zeretelli, des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma, der im „Hochverratsprozess“ unschuldig zur Katorga verurteilt wurde, in der letzten Zeit außerordentlich verschärft worden ist. Zwei Schutzleute bewachen ihn auf Schritt und Tritt, während der dritte nachts in der Küche der Wohnungsinhaberin wacht. Auf die entsprechende Anfrage der sozialdemokratischen Dumafraktion trat folgende telegraphische Antwort des Genossen Zeretelli ein: „Die Nachricht ist richtig. Die Wache ist verschärft; die Polizei hält ständig bei meiner Wohnung Wache; beim Ausgehen werde ich von Polizisten begleitet. Beunruhigt mich nicht. Wahrscheinlich ist die verstärkte Bewachung ein Echo der neuen Bewegung des Proletariats Russlands, das den Behörden nicht nur vor ihm, sondern auch vor seinen früheren Abgeordneten im jernen Sibirien. Ich sende den Petersburger Kämpfern meinen Gruß, Zeretelli.“

Zeugnis-Zwangsverfahren. Vor dem Braunschweiger Amtsrichter Brandes wurde gelegentlich einer Vernehmung im Vorverfahren Genosse Sange zu 100 Mk. Geldstrafe oder 8 Tagen Haft verurteilt. In den letzten Wahlrechtsverfahren in Braunschweig waren Zettel verteilt worden, in denen zu einem Demonstrationzuge aufgefordert wurde. Die Polizei will nun gegen einige Genossen wegen Verbreitung der Zettel und Veranstaltung der Züge, bei denen die Polizei eingeschmarrt wurde, vorgehen. Sie weiß jedoch nicht, wer die „Mittäter“ sind. Und in dem deswegen eingeleiteten Ermittlungsverfahren sollen Arbeiter durch das Zeugnis-Zwangsverfahren gezwungen werden, der Polizei Dienste zu leisten. Wer nur irgendwie im Vordergrund der Arbeiterbewegung steht, wird gerichtlich vernommen. Genosse Sange ist Kassierer der Orts-Parteioptionen; von dem Zeugnis-Zwangsverfahren gegen ihn erhofft die Behörde die Enttarnung des Zettelgeheimnisses. Gegen seine Bestrafung ist Beschwerde erhoben worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streit der Berliner Kraftfahrersführer. Als Gegenmaßnahme zum Streit hat der Verband der Berliner Kraftfahrersführer die Aussperrung der Chauffeure angekündigt. Die Aussperrung soll nicht sofort in Kraft treten, sondern in zum 25. d. M. vorgezogen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Chauffeure den Streit nicht beendet haben.

Malerstreik in Aschersleben. Die Maler und Anstreicher sind bei einem Teil der Unternehmer ausständig geworden. Die Unternehmer weigern sich, einen Tarifvertrag abzuschließen, der bereits im vorigen Jahre mit einer Anzahl Unternehmer vereinbart worden ist. Jede Unterhandlung wurde von den Unternehmern abgelehnt, sie hielten sich auf den Unternehmerverband für das Malergewerbe in Rheinland-Westfalen, der bekanntlich wegen seines reichhaltigen Verhaltens aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen werden mußte. Jung von Wintern und Anstreichern nach Koblenz in Verhandlung.

Streik im Dachdeckerberufe. In Okerode a. S. haben die Dachdecker die Arbeit eingestellt. Während die Gehälter eine Aufbesserung der Löhne um 6 Pfg. in drei Jahren beanspruchten, wollten die Unternehmer nur 3 Pfg. in zwei Jahren zugesuchen. Ferner wollten sie unter keinen Umständen einen anderen Absatz des Termins als zum 1. April 1916, also den Termin, den das übrige Baugewerbe ebenfalls hat. Der Streik in Betracht kommenden Unternehmern hat sich der eine Meister mit der Gewerkschaftsorganisation dahin geeinigt, daß 2 Pfg. sofort, weitere 2 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde 1916 erfolgen. Bei diesem wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Ansbach wurde ebenfalls die Arbeit eingestellt. Auch hier wollten die Unternehmer nur das Bemühten, was im übrigen Baugewerbe beim vorjährigen Abschluß festgelegt worden ist. Nach einjährigem Streik wurde ein neuer Tarif abgeschlossen, gültig bis 1917. Neben einigen anderen Verbesserungen steigt der Stundenlohn sofort um 5 Pfg., in den späteren Jahren um nochmals 5 Pfg.

Die Handlungsgehilfen und die Sonntagsruhe. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat in einem weiteren Kundgebung an die anderen Schifferverbände folgende Forderungen gemacht: Zunächst wäre eine Vereinbarung der beteiligten Organisationen notwendig, in welcher Weise das Sonntagsrecht an die Prinzipalitäten erfolgen soll. Es kommt

in der Weise gehandhabt werden, daß in den einzelnen Orten die dortigen Vertrauensmänner zusammenzutreten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse das weitere Vorgehen im Einverständnis mit den Zentralverbänden der beteiligten Verbände festsetzen. Alsdann könnte es Aufgabe der örtlichen Verbändeleitungen sein, nach ihren in den einzelnen Geschäften vorhandenen Mitgliederbeständen bei den Prinzipalitäten vorstellig zu werden. Den Geschäftsinhabern würde eine Aenderung des Dienstvertrages mit ihren Angestellten dergehalt nahegelegt sein, daß sie ab 1. Juli — also unter voller Wahrung der Kündigungsfrist — auf die Sonntagsarbeit gemäß der Programmforderungen der Handlungsgehilfenverbände verzichten. Von der Stellungnahme der Prinzipalitäten hängt dann das weitere ab. Den widerstrebenden Geschäftsinhabern würde gegebenenfalls, soweit in den betreffenden Betrieben eine hinreichende Zahl von organisierten Angestellten beschäftigt ist, von den Angestellten die Kündigung auszusprechen sein. Sofern durch diese Aktion einzelne Gehilfen geschädigt werden sollten, hätte die Organisation für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Wir glauben, daß bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung durch das kaufende Publikum in keiner Weise fehlen wird. Ferner halten wir auch eine gegenseitige Vereinbarung für zweckmäßig, daß über den 1. Juli hinaus Stellen für Handlungsgehilfen mit Sonntagsarbeit nicht mehr vermittelt werden.

Aussperrungen wegen der Maifeier kündigt auch der Arbeitgeberverband der Scharindustrie in einer öffentlichen Publikation wie folgt an: „Das unerlaubte Fortbleiben der Arbeiter von der Arbeit am 1. Mai zur Teilnahme an der sozialdemokratischen Maifeier wird in der gewerbe- und landgerichtlichen Praxis übereinstimmend als Entlassungsgrund im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung angesehen; es bedarf, nach sonstiger Auslegung des Gesetzes, daher auch nicht einer vorherigen Bekanntmachung an die Arbeiter des Inhalts, daß diejenigen, die am 1. Mai von der Arbeit fernbleiben, sich als entlassen zu betrachten hätten. Im Hinblick darauf, daß die Veranstaltung der sog. Maifeiern lediglich eine mit der Absicht der Agitation verbundene Meinungsäußerung sozialdemokratischer Machtkünfte darstellt, ist es im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftsfriedens wünschenswert, derartigen Veranstaltungen nachdrücklich entgegenzutreten, zumal die Erfahrung gelehrt hat, daß die Maifeier nur dort durchgeführt wird, wo sie auf keinen Widerstand stößt. Es ist daher durchaus zu empfehlen, in Anwendung des § 123 G.-O. diejenigen Arbeiter, die am 1. Mai feiern, zu entlassen und nicht vor einem bestimmten Termin wieder in Arbeit zu nehmen.“

Scharmacherei gegen die Maifeier. Der Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe, Berlin E. W., Gütlichenerstr. 2, erließ unter dem 16. April 1914 folgendes Rundschreiben:

„In die verehrlichen Orts- und Bezirksverbände! Da der 1. Mai wieder bevorsteht, gestatten wir uns, unsere verehrlichen Ortsverbände darauf hinzuweisen, daß wir als Mitglieder der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände verpflichtet sind, die Maifeier abzulehnen!“

Danach bitten wir Sie, in Ihren Mitgliebertreuen ev. durch eine Versammlung darauf hinzuwirken, daß die Maifeier nicht gestattet wird und daß das den Gesellen und Arbeitern ausdrücklich bekanntgegeben wird, unter Androhung einer Entlassung auf 3 Tage für den Fall, daß Gesellen trotzdem am 1. Mai der Arbeit fernbleiben!

Wir bitten Sie des ferneren, die extra feiernden Gesellen und Arbeiter auf 3 Tage auszusperren und uns dann unverzüglich mitzuteilen, um wieviel es sich handelt!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Maifeier als Kampfmittel dienen soll gegen den „Kapitalismus“, d. h. gegen das selbständige Unternehmertum und unsere wirtschaftliche Ordnung. Wenn aber von Arbeitgeberseite diesen Maßnahmen energig Gehalt geboten wird, so hat sich gerade in dieser Frage noch immer ein voller Erfolg gezeigt, und zwar besonders deshalb, weil die Gewerkschaftskassen durch die Unterstützung, die sie infolge unserer Ausperrungsmaßnahmen zahlen müssen, zu sehr belastet werden.

Wir rechnen darauf, daß diesmal in unserem Verbände die Ablehnung der „Maifeier“ energig und konsequent durchgeführt wird.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Schlossereien
und verwandter Gewerbe.
Der Geschäftsführer: Dr. H. Darnehl.“

Die Angabe über den Zweck der Maifeier ist in dem Schreiben etwas sehr dürftig ausgefallen, aber vielleicht wirkt es in dieser Form gerade auf die Schlossermeister am besten. Daß die kleinen Scharmacher es doch immer den großen gleichzutun wollen, oder sie gar in der Scharmacherei übertrumpfen. Nun bald 25jährige Maifeier sollte doch auch den verehrlichen Schlossermeistern gelernt haben, daß gerade sie nicht die Auszerwählten sein können, ihr den Garau zu machen.

Wieder Arbeiter als Opfer des Dynamitgesetzes. Nachdem erst am 28. März sechs Bergleute der Zeche „Bruchstraße“ zu insgesamt 23 Monaten Gefängnis wegen Vergehen gegen das Dynamitgesetz verurteilt worden waren, erzielte am 18. April drei Arbeiter derselben Grube das gleiche Geschick. Bei zwei Angeklagten lautete diesmal die Anklage noch auf fahrlässige Körperverletzung im Dienste, weil durch ihre fahrlässige Handhabung der Schießvorschrift zwei Arbeiter durch einen Sprengschlag schwer verletzt wurden. Der Hauptschuldige erhielt von der Strafkammer Bochum 3 Monate Gefängnis, die zwei anderen Angeklagten je 3 Monate und 100 Mk. Geldstrafe. Einer von ihnen hat noch eine Bestrafung wegen Meineids zu gewärtigen, weil er in der Voruntersuchung zu seinen eigenen Gunsten eine falsche Aussage abgegeben hat. — Wenn auch in diesem Falle die Unachtsamkeit der Leute schwere Folgen nach sich zog, was eine ernste Bestrafung rechtfertigen mag, so muß doch auf eine Beseitigung des Dynamitgesetzes hingedringt werden. Weil jede, auch die allgeringste Verletzung, mit mindestens 3 Monaten bestraft wird, kommen Bergleute bei derartigen Unterlassungen leicht in die Gefahr einer unwarmer Auslage, und riskieren aus Furcht vor dem Gefängnis noch das Zuchthaus.

Armenunterstützung und Gemeindevahlrecht in Elsaß-Lothringen.

Die Gemeindeordnung für Elsaß-Lothringen vom 6. Juni 1895 bestimmt in § 30, daß von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sind: „Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder in dem letzten der Wahl vorhergegangenen Jahr bezogen haben.“ Die gleiche Bestimmung enthält das Wahlgesetz für die Wahlen zur Zweiten Kammer in Elsaß-Lothringen und — das Reichstagswahlgesetz. Während aber bei beiden gesetzgebenden Körperschaften die Auslegung dahin geht, daß unter dem

„letzten der Wahl vorhergegangenen Jahr“ der Zeitraum von zwölf Monaten vor dem Wahltage zu verstehen ist, bejagen die vom Ministerium für Elsaß-Lothringen erteilten Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeordnung, vom Wahlrecht sei ausgeschlossen, wer eine Armenunterstützung in den laufenden oder vorhergegangenen Kalenderjahr bezogen hat; so daß in dem vorliegenden Falle, wo die Wahl am 17. Mai 1914 stattfindet, die auch in der Zeit vom 1. Januar bis 17. Mai 1913 bezogene Armenunterstützung als Ausschließungsgrund gilt. Daß die Ausführungsbestimmungen des Ministeriums in diesem Punkte „unrichtig bezw. rechtsungültig“ sind, gibt der Hallensche Kommentar zur Elsaß-Lothringischen Gemeindeordnung in der neuen Bearbeitung von Gerichtsassessor Dr. Ernst Bruch offen zu; und die Elsaß-Lothringische Regierung selbst hat dieses Zugeständnis vor zehn Jahren in einem ministeriellen Erlaß vom 18. November 1904 an die Bezirkspräsidenten gemacht, worin sie im Widerspruch mit den ein Jahrzehnt vorher ergangenen Ausführungen entschied, daß als Ausschließungsgrund nur die im Zeitraum von 12 Monaten vor dem Wahltage bezogene Armenunterstützung zu gelten habe. Es ist kennzeichnend für den von der neuen Regierung in Elsaß-Lothringen eingeschlagenen Kurs, daß der Staatssekretär Graf von Roedern durch Erlaß vom 24. März 1914 wiederum engherziger, im Sinne der in diesem Punkte offenkundig rechtsungültigen Ausführungsbestimmungen von 1895, entschieden hat. Um über diese Regierungswillkür einmal den zuständigen Richter entscheiden zu lassen, hat die sozialdemokratische Gemeindefraktion in Mülhausen i. E. jetzt während der Offenlegung der Wählerlisten für die am 17. Mai stattfindende Gemeinderatswahl Einspruch gegen die Streichung von 94 Personen, die durch jene Ausführungsbestimmung zu Unrecht geschädigt sind, erhoben. Das Amtsgericht Mülhausen i. E. wird in den nächsten Tagen an der Hand einer von dem Abg. Emmel verfaßten Begründung, welche die geschwürdrige Handlungsweise der Regierung anschaulich darlegt, die maßgebende Entscheidung auf Grund des Gesetzes zu treffen haben.

Soziales.

Gefährdung der Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Der Ausschuß des Reichsrats hat den von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Staatszuschuß von 75 000 Mark für gemeindliche Arbeitslosenversicherung mit acht gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Summe selbst ist zwar nicht gestrichen worden, soll aber nur für allgemeine Arbeitslosensicherung verwendet werden. Wiederholt sich diese Ablehnung im Plenum, so wird sie zu einer schweren Verfassungskrisis führen, die die organisierte Arbeiterschaft entschlossen ist, mit allen Mitteln durchzukämpfen. Das Ziel kann nur sein, den Reichsrat selbst, der eine rein privatkapitalistische Interessenvertretung ist, arbeitslos zu machen.

Ein Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht. Die gegenwärtige Zersplitterung des Arbeiterrechts hat wiederholt den Deutschen Juristentag beschäftigt, und im vorigen Jahre hat auch der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dazu Stellung genommen. Neuerdings haben zwölf Angestelltenorganisationen, darunter der Zentralverband der Handlungsgehilfen und der Verband der Bureauangestellten, einen Kongreß auf den 26. April nach Berlin einberufen, der das Interesse der von ihnen vertretenen Berufsklassen an dieser Vereinheitlichung betont wird. Das Hauptreferat hat der bekannte Frankfurter Rechtsanwalt und Sozialpolitiker Dr. Singheimer übernommen; außerdem werden Vertreter der beteiligten Organisationen zu Worte kommen. Die Tagesordnung des Kongresses lautet: 1. Die Notwendigkeit des einheitlichen Angestelltenrechts. 2. Das Interesse der einzelnen Angestelltengruppen an einem einheitlichen Dienstvertragsrecht. 3. Die Gegner des einheitlichen Angestelltenrechts. Der Kongreß wird das einheitliche Arbeitsrecht nicht nur fordern, um dem Rechtsstand abzuheffen, daß die Vorschriften über die Rechtsbeziehungen zwischen Unternehmern einerseits und den Angestellten sowie Arbeitern andererseits in vielen Fällen zerstückelt sind. Seine Hauptaufgabe ist vielmehr, für eine Durchdringung des Arbeitsrechtes mit sozialem Geiste einzutreten. Zu dem Kongreß werden Delegierte der Vereine aus allen Teilen des Reiches erscheinen, auch die Reichstagsfraktionen und die beteiligten Regierungskreise sind eingeladen worden.

Kommunales.

Die volkfreundlichen Stadtväter in Halle. Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt oft sonderbare Blüten. So hatten die Stadtverordneten in Halle dem Pächter des Stadttheaters in voriger Woche die Berechtigung zugesprochen, daß er für Vereine und Gesellschaften Privatvorstellungen ohne besondere Genehmigung des Magistrats veranstalten kann. Der Magistrat verlagte dem Beschluß die Zustimmung unter folgender Begründung: „Der Antrag schafft die Möglichkeit, daß sich Theatervereine gründen, welche durch große Zahl von Mitgliedern und vielleicht auch durch erhebliche Geldmittel in die Lage kommen, den Theaterdirektor zu häufigen Nachmittagsvorstellungen zu nötigen und schließlich aus ihnen eine Regel zu machen. . . Ganz nahe liegt diese Möglichkeit gegenüber sozialdemokratischen Vereinen und Verbänden, die ohnedies an Mitgliederzahl und Geldmitteln stark sind, und in deren Interesse ausschließlich der Antrag gestellt worden ist. . . Vereinigungen dieser Art würde es dann ein leichtes sein, die Zahl der Nachmittagsvorstellungen, die dafür zu leistenden Kaufsummen und die auszuführenden Stücke vorzuschreiben, den Theaterdirektor von sich abhängig zu machen und das Stadttheater in ihre Gewalt zu bekommen.“ Diese Begründung hatte die gewünschte Wirkung: am Montag hoben die bürgerlichen Stadtväter nahezu einstimmig ihren Beschluß wieder auf.

Aus dem Gerichtssaal.

Beamten-Korruption. In dem Bestechungsprozess gegen die drei Gendarmen-Wachmeister vor dem Kriegsgesicht der 2. Garde-Division beantragte am Mittwoch der Verteidiger, Justizrat Dr. Winterfeldt, die Hauptbelastungszeugen Willi Friedländer und Gendarmwachmeister Schulz nicht zu verurteilen. Friedländer sei vollständig unglaubwürdig und habe auch augenscheinlich die Unwahrheit gesagt, er sei vielfach wegen aller möglichen Delikte bestraft und habe ein großes Interesse, die Angeklagten zu belasten. Schulz habe am 26. Mai 180 Mk. Bestechungsgelder als Beamter angenommen, im weiteren Verlaufe noch mehr Bestechungsgelder. Er habe mit den Angeklagten, von denen ihm bekannt war, daß sie Bestechungen zugänglich seien, kameradschaftlich verkehrt und erst Anfang September 1913, also nach länger

Aus der Jugendbewegung.

Kein Versammlungsrecht in Königsberg. Nach der Jugendkrawall in Königsberg, die am 5. April die Polizei veranstaltete, sollte am Sonntag, dem 10. April, eine Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus stattfinden. Arbeitersekretär Krüger wollte einen Vortrag über den Jugenddeutschland halten. Die Versammlung war stark besucht, doch als sie der Versammlungsleiter eröffnen wollte, stand der Polizeibeamte auf und erklärte, daß der Polizeipräsident die Versammlung als eine politische ansehe. Der Polizeibeamte forderte deshalb alle Personen unter 18 Jahren auf, den Saal sofort zu verlassen. Er fügte hinzu, daß derjenige, der sich den polizeilichen Anordnungen nicht füge, gewaltsam entfernt und bestraft werden würde. — Unter diesen Umständen war die Abhaltung der völlig unpolitischen Versammlung unmöglich. Die Versammelten mußten auseinandergehen. In einem Nachbarhause war ein starkes Polizeiaufgebot untergebracht; es erhielt jedoch keine Gelegenheit zum Einschreiten. Auf diese Weise wird der Arbeiter-Jugend in Königsberg das Versammlungsrecht vollkommen genommen.

Arbeiter-Jugend. Die sieben erschienene Nummer 9 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der erste Mai und die Jugend. — Fröhens Himmelfahrt. — Ideale und Klassentampf. — Der vorgeschichtliche Mensch. Von Gg. Engelbert Graf. (Mit Abbildungen). — Vom Kriegsschauplatz. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw. — Beilage: Fisher. Erzählung von Johan Bojer. — Der Tag der Tat. Gedicht von Klara Müller. — Schülermal. — Wie ein plastisches Kunstwerk entsteht. Von Adolf Bruno. (Mit Abbildungen). — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Haenisch. — Bühler für die Jugend. — Kreuz und quer durch den Balkan. Besprechung von Curt Biging.

Aus Nah und Fern.

Der falsche Bürgermeister. Die Staatsanwaltschaft in Aösklin teilt mit: Die Verhandlung gegen den früheren zweiten Bürgermeister findet in ungefähr sechs Wochen vor der Strafkammer des Landgerichts statt. Gegen Thormann ist nunmehr auch ein Haftbefehl wegen Verdachts der Nichtverbüßung seiner Strafe wegen intellektueller Urkundenfälschung und Annahmung eines öffentlichen Amtes erlassen worden. Der erste Haftbefehl war wegen Verdachts der Erpressung ausgestellt. Die Frau Thormanns weilt bereits seit acht Tagen im Elternhause in Bromberg.

In die Tiefe gestürzt. In einem Hause in der Joachimsthalerstraße in Berlin wollte der Arbeiter Breßner an einem Fenster des vierten Stockwerkes eine Marijse anbringen. Er war dazu auf das Geländer des Balkons gestiegen. Wählich verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe, wobei er einen schweren Schädelbruch erlitt. Ohne die Besserung wieder erlangt zu haben, starb er bald darauf.

Brand einer Nähmaschinenfabrik. In Meissen ist in der Nacht zum 22. April die Nähmaschinenfabrik von Biesolt u. Lohde vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird auf annähernd zweieinhalb Millionen geschätzt, da Modelle und viele Spezialmaschinen vernichtet worden sind. An eine Wiederaufnahme des Betriebes ist für längere Zeit nicht zu denken. Gegen 600 Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Aus der Kaserne. Im Dresdener Unteroffizier-Kasino waren in der letzten Zeit wiederholt Geld und Waren gestohlen worden. Als sich nun einige Mann nachts auf die Latrine legten, erwischte sie den Unteroffizier Schneider vom Infanterie-Regiment Nr. 177 als den Dieb. Schneider, der mit dem Seitengewehr auf die Leute losging, entkam und wurde später auf dem Boden der Kaserne mit einer Kopfwunde, die er sich in selbstmörderischer Absicht mit einem Beil beigebracht hatte, aufgefunden. Man vermutet in dem Unteroffizier, der als strenger Vorgesetzter galt, auch den Dieb verschiedener Gegenstände, die den Mannschaften seiner Kompanie in der letzten Zeit abhandeln kamen, erwischt zu haben.

Das „große Keinemachen“ bei der Kölner Polizei. Nach dem Kölner Polizeiprozess ist bekanntlich das Kölner Polizeipräsidium durch Ministerialkommissare und einen Polizeimajor revidiert worden. Präsident v. Weegmann hat inzwischen seinen Abschied genommen; jetzt wird nun noch polizeioffiziell mitgeteilt, wie man die Verfehlungen seiner Untergebenen zu „föhnen“ gedenkt. Zunächst sind gegen mehrere Polizeikommissare — es handelt sich hier vor allem um die Empfänger der Frühstücksböden — wegen schwerer dienstlicher Verfehlungen in ihrer amtlichen Tätigkeit empfindliche Geldstrafen verhängt worden; im Interesse des Dienstes sollen sie ferner sämtlich veretzt werden. Die Kriminal-Unterbeamteten, die vor Gericht behaupteten, bei ihren geringen Sigilantengehältern auf Geschenke angewiesen zu sein, sind „in Berücksichtigung gewisser mildernder Umstände“ mit einem disziplinarischen Beweis bestraft worden. Dagegen nimmt das förmliche Disziplinarverfahren gegen die am schwersten belasteten Polizeinspektoren Kauz, Boisch, Landschulz und Eiben seinen Fortgang, nachdem die gerichtliche Untersuchung damit geendet hat, daß sie sämtlich außer Verfolgung gesetzt wurden! Durch allerhand Reformmaßregeln gibt man sich der Hoffnung hin, daß in Zukunft derartige Verfehlungen nicht mehr vorkommen werden. Es kommt sehr überraschend, daß das Strafverfahren gegen die vier Inspektoren eingestellt worden ist; die Verhandlung gegen den Genossen Sellmann hat wahrlich genügend Beweis dafür geliefert, daß die passiven Bestechungen die Amtshandlungen jener Herren keineswegs unbeeinflusst ließen. Allerdings hätte die Staatsanwaltschaft mit einer Anklage einen recht schweren Stand gehabt, denn in der Verhandlung gegen Sellmann ließ ihr Vertreter die Vergehen jener Herren in denkbar mildestem Lichte erscheinen und sprach von der besondern Stimmung im „alten, fröhlichen Köln“. Ja, es scheint, daß auch die disziplinarischen Strafen nicht allzu scharf ausfallen werden. Der sechste Inspektor Kauz wird von Hannover nach Breslau veretzt. Inspektor Boisch hingegen wird pensioniert. Der neue Kölner Polizeipräsident von Glasenapp hat am Montag sein Amt angetreten. Die christlich-nationale Presse sagt ihm übrigens nach, er sei ein Anhänger der „alten Stöckerischen Richtung“.

Der Einfluß einer „weißen Frau“. In einer Ortsgast des rebenbedeckten Saarberggebietes mit einer sonst im allgemeinen aufgeweckten Bevölkerung, in Sainfeld, sind die Wurzelschele Johanna und Josef Koch dem geradezu dämonischen Einflusse einer in Landau wohnenden Wagensagerin und Geheimbündlerin namens Katharina Stück, in Wirklichkeit eine abgefeimte Betrügerin, erlegen. Unter Vorpiegelung der törichtesten Gaukeleien gelang es ihr, den beiden Leuten nach und nach etwa 5000 Mk. zu entlocken als „Einlage“ zur Erlangung einer Millionenerbschaft. Da eine von der „Seherin“ vorhergesagte Vererbung einer wertvollen Nuguh, womit sie den Beweis für ihre Verbindung mit der „Geistwelt“ erbracht, wirklich eintraf, besteht außerdem der dringende Verdacht, daß die Stück den Tod des Lieres gewaltsam herbeigeführt hat. Wie verlautet, hat ein Brief von autoritativer Seite die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf die Sache gelenkt und die Verhaftung

veranlaßt. Man vermutet unter der Einwohnerschaft noch weitere verschämte Leidtragende. Auch in dem benachbarten Orte Freimersheim ergattete das laubere Ehepaar unter Wortausführung ähnlichen Forderungen 8000 Mk. Unmittelbar muß man sich aber die Frage vorlegen, wie denn solche Betrügereien überhaupt möglich waren, nachdem die gewissenlose Gauklerin erst vor wenigen Jahren mit sechs Monaten Gefängnis bestraft worden war, weil sie unter ähnlichen Umständen in dem benachbarten Orte Rhodt einer Frau 10 000 Mk. abgeschwindelt hatte. Zur mitternächtigen „Geisterstunde“ begab sie sich nach dem ehemals Hypressenhaine ähnelnden Friedhofe, wo sich ihr Ehegemahl bereits verstorbt hielt und ihre Fragen an die Toten mit verhaltener Stimme beantwortete! Bei den beklagenswerten Betörten wird nun ja allerdings an die Stelle der früheren Vertrauensseligkeit die Ernüchterung treten bei dem Gedanken, daß die hier gegebenen Summen unmißbringlich verloren und unter den heutigen mißlichen Verhältnissen der Winzer kaum je wieder zu erarbeiten sind.

Von einem Hofhund zerfleischt. Ein grauenhafter Kampf spielte sich in dem Orte Wartin bei Stettin zwischen dem Arbeiter Janz und dem Gasmist Horn ab. Beide Männer waren in einen Streit geraten, der bald in ein Handgemenge ausartete. Dabei hatte sich der große Hofhund des Janz von seiner Kette gelöst und brachte dem Wirt so schwere Verletzungen bei, daß dieser kurz darauf starb. Janz wurde verhaftet. Den Hund ließ der Amtsvorsteher auf der Stelle erschießen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Grube „Neue Saardt“ bei Siegen sind zwei Italiener und der Arbeiter Fischbach tödlich verunglückt; die ersten beiden durch einen vorzeitig losgegangenen, letzterer durch einen steckengebliebenen, nachträglich explodierten Sprengschuh.

Zufunord? Gestern früh fand der Barber Weinhold in Lauban die Leiche seiner vierjährigen Tochter, die er vermählte, im Wald von Katholisch-Demmersdorf auf. Die Leiche war an Händen und Füßen mit Stricken gebunden und weist einen Weiserrisch am Hals auf. Der Körper zeigt Spuren von Schlägen.

Krieg im Frieden. Wie aus Aubusson, Departement Creuz, gemeldet wird, fiel während einer im Lager von Courtine vorgenommenen Schießübung ein Geschoss auf ein Haus des Dorfes Aigue. Eine hierdurch verursachte Feuerbrunst zerstörte zwei Häuser und eine Scheune.

Griffel. Aus Trinidad, Colorado, wird telegraphiert: Drei Frauen und mehrere Kinder sind in einer Höhle erstickt, in die sie sich vor einem Feuer im Zellager der streifenden Bergleute bei Ludlow geflüchtet hatten.

Tragischer Tod eines Touristen. Ein tragisches Geschehen ereignete den 19-jährigen Handlungsangestellten Felix Engländer, der mit einem Begleiter in ganz ungenügender Ausrüstung eine Tour auf den Untersberg im Salzammergut unternommen hatte und von einer Schneewand über eine Felswand abgestürzt war. Als eine Rettungs-expedition dem Schwerverletzten sofort zu Hilfe eilte und er bereits aus seiner gefährlichen Lage beinahe aufgefressen war, riß plötzlich das Tragseil und mit einem gellenden Aufschrei stürzte der schwer Verletzte, sich überschlagend, in eine mehrere 100 Meter tiefe Felschlucht, aus der er bis jetzt noch nicht geborgen werden konnte.

Die gestürzte Hochzeitsfeier. Im Dorfe Lieser entstand ein Feuer, in dessen Verlauf vier Häuser niederverbrannten. In der Familie des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemer-Lieser wurden die Hochzeitsfeierlichkeiten — es fand gerade Volterabend statt — sofort unterbrochen. Der Minister eilte selbst zur Brandstätte und stellte seine Dienerschaft der Feuerwehre zur Hilfeleistung zur Verfügung.

Tödtung von Fremdenlegationären. Aus Ain Sefra wird gemeldet, daß ein Korporal und vierzehn Fremdenlegationäre in der vergangenen Nacht aus der Kaserne entwichen und in westlicher Richtung mit Waffen und Gepäck geflohen sind, nachdem sie vorher die Telegraphendrähte durchgeschnitten hatten. Eine Abteilung Kavallerie ist zu ihrer Verfolgung aufgebrochen.

Von einem Stiere zerfleischt. Ein in Neukirch bei Jansbrunn im Hause des Gemeindevorstehers untergebrachter Stier griff einen 26 Jahre alten Schweizer namens Hoyer an, schleuderte ihn in die Luft und zerfleischte ihn so entsetzlich, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Schwerer Unfall. Bei San Michels unweit Jansbrunn stieß ein Güterzug mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Die Frau eines Advokaten wurde getötet, acht Personen haben Verletzungen erlitten.

Schiffsunfälle. In Venedig traf ein Funkenpruch ein von dem britischen Schiffschiff „Jis“, es sei bei dichtem Nebel mit dem Dampfer „Carbener“ zusammengestoßen. Die Mannschaft des „Carbener“ sei an Bord der „Jis“ genommen worden. Das Schiffschiff werde verjucken, den „Carbener“ zu schleppen, doch fürchte man, daß er langsam sinke. — Ein bei Logos eingelaufenes drahtloses Telegramm des Dampfers „George Washington“ meldet: Am 20. April passierte der Dampfer „Batavia“ den französischen Dreimast-Schoner „Magnolia“ aus St. Malo, dessen Masten gebrochen und der in Flammen stand. Die Besatzung von 33 Mann ist von dem deutschen Petroleumdampfer „Helios“ geborgen worden.

Bürgertafel.

Zu läubdlichen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Arbeiter Behrens. Arbeiter Blohm. Förster Brandt in Gr. Schreiftaken. Bäckergehilfe Brandt. Arbeiter Burmeister. Schlossermeister Düder. Bohrer Düder. Gemüsegärtner Edler. Arbeiter Eggers. Arbeiter Schmidt. Arbeiter Freitag. Postmeister a. D. Rechnungsrat Garze. Barbier und Freier Geist. Arbeiter Green. Töpfergehilfe Grube. Arbeiter Hagen. Kaufmann Heitmann. Händler Hildebrandt. Zimmergehilfe Hohenfeld. Arbeiter Janenschig. Lehrer Klodmann. Schmiedemeister König. Arbeiter Kolbe. Handlungsagent Kruse. Arbeiter Künkel. Zimmergehilfe Leich. Schankwirt Lüth. Ober-Postkassier Matthiaschen. Arbeiter Moll. Rechtsanwalt und Notar Mund. Tischlergehilfe Nawrot. Lehrer Otto. Fabrikarbeiter Rask. Opern-Chorführer Renoth. Kaufmann Köhne. Arbeiter Küder. Buchdruckergehilfe Sadler. Gemüsegärtner Sager. Zimmergehilfe Sellmann. Arbeiter Schäper. Formergeselle Schäper. Töpfer Schmid. Maurergeselle Schlüter. Werführer Schmidt. Maurermeister und Bauunternehmer Schmidt. Schlossergehilfe Schwentuchowski. Rauhreibeisitzer Steffen. Eigenhahnassistent Stein. Maurergeselle Stief. Fabrikarbeiter Stoll. Gemüsegärtner Straus. Arbeiter Süßbrandt. Tischler Tisch. Arbeiter Toelzner. Tischlergehilfe Trejher. Gerichtsassistent Uther. Arbeiter Wagner. Geschäftsführer Wellmann. Arbeiter Zels.

Dieses haben am 28. März 1914 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Geschäftlich in Albed

beim drei Monaten, als die Bestechungen in den Zeitungen veröffentlicht wurden, und ein strafrechtliches Verfahren im Gange war, augenscheinlich aus Angst die 160 Mk. abgeliefert und die Sache gemeldet. Er sei mithin der Mittäterschaft dringend verdächtig. Er sei außerdem vollständig unglaubwürdig, denn es sei nicht glaubhaft, daß ihm die Buchmacher, ohne daß sie ihren Namen nannten, daß sie sich vorstellten usw. 160 Mk. aufstecften. Der Vertreter der Anklage beantragte die Verurteilung der beiden Zeugen. Der Gerichtshof beschloß nach sehr langer Beratung, beide Zeugen zu verurteilen, da die Aussagen nicht unglaubwürdig erscheinen und der Gendarmere-Wachmeister Schulz nicht der Mittäterschaft verdächtig sei. Es soll alsdann auch Kriminalkommissar v. Mantuffel, Dezernent für das Spielwesen beim Berliner Polizeipräsidium, als Sachverständiger über die Praktiken der Buchmacher auf den Kennplätzen vernommen werden. Auf Antrag des Vertreters der Anklage beschloß der Gerichtshof, während der Vernehmung des Sachverständigen im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Öffentlichkeit auszuschließen. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Mahnkopf, trat energisch für eine strenge Verurteilung der Angeklagten ein, deren Verfehlungen unzweifelhaft festgestellt seien. Bei der Strafzumessung sei zu erwägen, daß die Gendarmerewachmeister ihr wichtiges Amt in schändlicher Weise mißbraucht und zu einer pekuniären Einnahmequelle gemacht hätten. Es liege ein schwerer Fall vor; mildernde Umstände seien den Angeklagten zu verweigern. Er beantrage gegen Haneberg zwei Jahre Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und drei Jahre Ehrverlust, gegen die Angeklagten Suckland und Erzleben je ein Jahr Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und je zwei Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger, Justizrat Winterfeldt, führte in längerer Rede aus, daß nur ein Indizienbeweis vorliege; daran könne man unmöglich alte bewährte Beamte, die sich vorzüglich geführt haben und denen von dem Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgestellt sei, ins Zuchthaus schicken. Er beantrage in erster Reihe die Freisprechung, eventuell könne nur ein milderer schwerer Fall angenommen werden, der mit Gefängnis bestraft werde. Der Angeklagte Haneberg bemerkte: Ich bin in Gottesfurcht und Königskreue von meinen Eltern erzogen worden; ich habe 24 Jahre den Rock meines Königs in Ehren getragen, ich bin vollständig unschuldig und erwarte mit voller Zuversicht meine Freisprechung. — Die beiden anderen Angeklagten erklärten ebenfalls, daß sie unschuldig seien und bitten um ihre Freisprechung. Nach kurzer Beratung verkündet der Verhandlungsführer, daß das Urteil Donnerstag vormittag 11 1/2 Uhr gesprochen werden wird.

Ein Prügelpädagoge. Der verheiratete Lehrer Friedrich Tiefel seit 1908 in Bartolde a. S. angestellt, mußte sich am Sonnabend vor der Göttinger Strafkammer in zwei Fällen wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts verantworten. Bei dem Pastor liefen zahlreiche Beschwerden über den Lehrer ein, so daß der Pastor häufig Veranlassung nehmen mußte, dem Lehrer Vorhaltungen zu machen und ihn zu warnen. Die Ermahnungen waren aber in den Wind gesprochen, der Angeklagte kümmerte sich um die Prügelte ruhig weiter. Ostern 1913 war die Witwe Leifert gezwungen, dem Lehrer ihren ziemlich schwächlichen, in der Entwicklung auffallend zurückgebliebenen Sohn Louis anzuvertrauen. Dem Kleinen wurde nun am ersten Schultage von dem Angeklagten aufgegeben, ein zu schreiben, was der Junge noch nicht fertig brachte. Dies regte den Jugendzieher vermaßen auf, daß er den Rücken des Kindes mit dem Stod bearbeitete, so daß sich blutunterlaufene Striemen zeigten. Die Mutter sah den Pastor von der Mißhandlung in Kenntnis, ließ aber die Sache auf sich beruhen. Es sollte aber noch besser kommen. Am 28. November vorigen Jahres bekam die Mutter ihr Kind aus der Schule in einer derart jammervollen Verfassung zurück, daß sie sofort in Tränen ausbrach. Ueber den Rücken des schwächlichen Knaben liefen kreuz und quer viele blutunterlaufene Striemen, die von Stoßschlägen des Angeklagten herrührten. Infolge der ausgefallenen Qual stellte sich bei dem mißhandelten Kinde Erbrechen ein; es mußte mehrere Tage das Bett hüten. Der als Zeuge vernommene Pastor stellt dem Angeklagten ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Der medizinische Sachverständige, ein Arzt aus Lauterberg, hat den mißhandelten Knaben erst am dritten Tage nach der Mißhandlung untersucht. Er fand den Rücken überaus zerschlagen, die Blutgefäße waren durchgeschlagen. Den Ausdruck „unmenslich“ hält er in diesem Falle nicht für übertrieben. Jetzt ist dem Jugendzieher das Züchtigungsrecht entzogen worden. Der Staatsanwalt nimmt den Angeklagten gehörig vor und beantragt gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Angeklagte beteuert, in seinem Leben den Stod nie wieder in Gebrauch nehmen zu wollen. Das Züchtigungsrecht überschritten zu haben, bestreitet er. Zum Beweise führt er eine Reichsgerichtsentcheidung an. Er bittet um seine Freisprechung. Das Gericht verurteilt den Angeklagten zu 500 Mark Geldstrafe. Wie der Vorstehende ausführte, habe der Angeklagte in zwei Fällen das zulässige Maß des Züchtigungsrechtes bei weitem überschritten. Es sei geradezu unverständlich, daß er als Pädagoge das schwächliche Kind schon am ersten Tage des Schulbesuches gezüchtigt habe. Trotzdem sei von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen. Das Gericht habe die schwierige Lage des Angeklagten bei dem Unterrichten von über 100 Kindern als strafmildernd in Betracht gezogen.

Aus der „Ferienkolonie“. Wegen Soldaten mißhandlungen in vier Fällen verhandelte das Kriegsgericht der 8. Division Nr. 82 gegen den 23 Jahre alten Unteroffizier Karl Rudolf Lorenz von der 12. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 103 in Wauhen. Der Angeklagte hat sich in mehreren Fällen an Untergebenen vergangen; die Mißhandlungen setzten unmittelbar nach seiner Beförderung ein. So ist der Soldat Hauswald, weil er mit schiefer Miße zur Dienstaufgabe kam, von dem Angeklagten an den Kopf geschlagen worden. Der Soldat Bellmann wurde von dem Angeklagten bei zwei verschiedenen Gelegenheiten geohrfeigt. Im schlimmsten verging sich Lorenz während des Gazerdienstes Anfang März an Bellmann, der wegen einer längeren, eben erst überstandenen Krankheit die Marschübungen nicht gut ausführen konnte. Der Angeklagte nahm den Soldaten aus dem Giede und ließ ihn wegen der „Vernachlässigung“ allein exerzieren, wobei Bellmann hin und her gejagt wurde, bis er völlig erschöpft und in Schwefel gebadet war. Diese Prozedur setzte der Angeklagte sogar noch fort, als Bellmann ihm völlig ermattet meldete, er sei zu schwach und könne nicht mehr“. Ohne Rücksicht darauf befahl der Angeklagte dem erschöpften Soldaten, weiter hin und her zu laufen. Bellmann hat sich unmittelbar danach abermals krank gemeldet. Lorenz wurde wegen Mißhandlung und vorchriftsmäßiger Behandlung in je zwei Fällen zu drei Wochen drei Tagen mittlerem Arrest verurteilt. Hat der Stellvertreter Gottes die „Strafe“ verhängt, dann kann er sein Erziehungswerk weiter fortsetzen.

Verkauf lebender Bullen
vom Boof aus (8354)
am Freitag, dem 24. April
vormittags von 8 Uhr ab an der
Hofstenbrücke.

Suche zu sofort oder zum 1. Mai
ein **Tagesmädchen.**
(8364) Gartenstraße 25, part.

Eine Zwei-Zimmer-Wohnung zum
1. Juli v. deut. mit einem kl. Kinder-
gem. Angebots mit Preis
(8357) Chausseestraße 12, I. rechtl.

Für die Volksschule: Velebuch
4. Stufe, Rechenbuch 8. Heft, gut
erhalten, zu verkaufen
(8350) Brodesstraße 45, part.

Ein Kinderwagen
billig zu verkaufen. Preis 8 Mk.
(8358) Hügelstraße 90, II. Hinterhaus.

Ob- und Pflanzkartoffeln
zu verk. (8347) Meierstr. 16, I. r.

Saatbohnen zu verkaufen
Mäßig, Fackenburg,
(8346) Segeberger Straße 15.

Schlotten kauft (8356)
Schelm & Wege, Mengstraße 10.

**Vereinigte
Butterhändler**
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.30 Mk. (8360)



Jch lach,
weil ich die Wäsche mit
Ragoda
mach.
Das selbsttätige Schmelzwaschmittel
ist unübertröfen.

8352
Polsterfasen 48 Mk.
Polstergarnituren 65 Mk.
Polstergarnituren 95 Mk.
Polstergarnituren 110 Mk.
Polstergarnituren 125 Mk.
Polstergarnituren 165 Mk.
Polstergarnituren 210 Mk.
Tausende von Garnituren schon
geliefert. Billigste Bahnhofsstraße 83.
Ruhober Nachmann. (9072)

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Koblitz.
Markt 4 10

und vorzüglich bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. H. a.:

Lederhosen	2.20-6.45
Wanderhosen	2.60-6.75
Schlafhosen	1.88-5.25
Überziehhosen	1.08-2.35
Hemden	1.68-3.25

Leinwand, Hemden, Strümpfe u. Strümpfe,
1.25, Kragen, Frenken, Schlafter-
jacken, Hosen, Westen, Unterwäsche
erkundlich billig. Mägen von 30
Mk. bis 1.55 Mk. Note Lubeca.

Gartensämereien,
Gartendünger, Dahlienknollen
billigst (8355)
Schelm & Wege, Mengstraße 10.

Schnitzzeitlachs
täglich frisch (8361)
Fischstraße 31.

Für Schuhmacher:
Neue Bindungen Gewand zu
2 Mk. 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Bismarck, 1895. Carl Hans Kuhl.

Eimerbier.
Dienstag abends von 5-9 Uhr.
Mittwoch morgen von 8-9 Uhr.
Freitag abends von 5-9 Uhr.
Sonnabend morgen von 8-9 Uhr.
H. Bade, Hügelstraße 128.

Um den vielfach an uns gerichteten Wünschen unserer Verkäuf-
rinnen zu entsprechen, haben wir uns entschlossen

vom 3. Mai a. c.

unsere

sämtlichen Verkaufsstellen
an Sonn- und Feiertagen
Mittags 1 Uhr
zu schliessen.

Wir bitten unsere geehrte Kundschaft, unseren Entschluß zu unter-
stützen durch rechtzeitige Deckung ihres Brotbedarfes, damit den Ver-
käuferinnen der Sonntag auch zu einem Sonntag wird.

Dampfbäckerei „Hansa“

J. C. D. Junge & Co.

8329

Zentral-Fremdenverkehr
Mölln, Am Markt.
Besitzer: Hans Michel.

Empfehle meine Lokaltären den
Genossen und Gewerkschaften bei
Ausflügen nach Mölln angelegent-
lichst. Gute Speisen und Getränke
sowie aufmerksame Bedienung ist
Geheimprinzip. (8351)

Achtung!

Versammlung
sämtlicher
beiden Holzpediteuren
beschäftigten Arbeiter
am Freitag, dem 24. April
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Märkte.
3. Verschiedenes.

8369) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen
ist dringend erforderlich. D. D.

**Arbeiter-
Gesang-Verein**
St. Jürgen.

General-Versammlung
am Freitag, dem 24. April
abends 8 1/2 Uhr
8355) **Der Vorstand.**

Neue, verbesserte
Bettfedern

Damen,
federichte, echtfarbene
Jaletts; fertige Betten.

Die richtige Bezugsquelle für
diese Vertrauensartikel ist das
Geschäft von
Herm. Kampff
früher Gebr. Barg
Lübeck Lauenburg a. E.
Kohlmarkt 5. Elbstraße 91/93.
Das Geschäft besteht in Lauen-
burg über 50 Jahre.

Goethes Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12,
Detail-Verkauf a. d. Diele. (8315)
Große Posten
**Rahmkäse und
Schweizerkäse** } Pfund **60** Pfg.

Gegen den Militarismus!
Für das Volksheer!

Die Welt in Waffen
Kriege und Kriegsgeschichte der Neuzeit von Hugo Schulz
Mit den besten zeitgenössischen Bildern
60 Hefte a 20 Pfennig
Jedes Heft ist reich illustriert
Ein Aufklärungswerk für jeden Arbeiter

Bestellungen nimmt entgegen:
F. Meyer u. Co., Lübeck, Johannesstraße
Auf Verlangen steht ein Probeheft kostenlos zur Verfügung

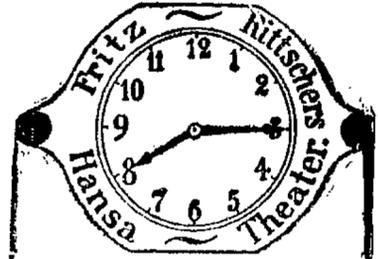
Meine beliebte frische (8362)
II. Sorte Meierei-Butter
kostet jetzt nur per Pfund Mk. 1.20
Th. Storm Nachf.
Königsstraße 98. — Fernsprecher 473.

Die illustrierte
Maifestzeitung für 1914
ist soeben erschienen und jedem Partei-
genossen ihres reichhaltigen Inhaltes
::: wegen sehr zu empfehlen. :::
Preis 10 Pfg.
Dieselbe ist durch unsere Zeitungsaus-
träger und -austrägerinnen zu beziehen.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schuldschreibweise
mit den neuen Einträgen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

**Verband der Brauerei- u.
Mühlenarbeiter**
Zahlstelle Lübeck.
Achtung!
Die Delegiertenwahl zum Ver-
bandsrat und Gewerkschaftskongress
findet
am Sonntag, d. 26. April
von 10-1 Uhr und von 3-6 Uhr
nachmittags im Lokale des Kollegen
Ritter, „Restaurant zur Glocke“,
Glockengießerstraße, statt.
Es ist Pflicht eines jeden Mit-
gliedes von seinem Wahlrecht Ge-
brauch zu machen.
Mitgliedsbücher müssen alle zur
Stelle sein.
8360) **Der Vorstand.**



Vom 16. bis 30. April 1914:

Der schwarze Passagier
des neuesten Flieger-Sketch.
Adolf Ernest
Zauberkünstler.

The 3 Calbas???
Margot et Jenny
mit ihren hocheleganten
elastischen Darbietungen.

Hartenstein-Gastspiel
Heute letzter Tag:
„Der schöne Wilhelm“
Freitag, den 24. April 1914:

Große Hartenstein-Premiere
Gottlieb geht bummeln
Originalburleske
von Paul Hartenstein.

Hartenstein in seiner Parade-
rolle als Gottlieb Käsemodell.
Anfang an Wochentagen 8 1/4 Uhr.
(8275) Sonntags 8 Uhr.
Gewöhnliche Preise.
Vorverkauf bei Fr. Sager, Kohl-
markt, und Fr. Nagel, Markt.

Neues Stadttheater
Donnerstag, den 23. April 1914:
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Gastspiel von Theodor Lattermann
Zum letzten Male:
Der Barbier v. Bagdad.
Rom. Oper von Cornélius.
Hierauf:

Coppelia.
Gr. Ballettpantomime v. Delibes.
Große Preise.
Freitag, den 24. April 1914:
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Die Maienkönigin.
Ein Schäferspiel (Oper) nach Gluck.
Hierauf:

Coppelia.
Gr. Ballettpantomime v. Delibes.
Mittel-Preise.
Sonnabend, den 25. April 1914:
Außer Sonn.-Abonn. Mittelpreise.
Anfang 7 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.

Shakespearefeier:
König Heinrich IV.
Drama von William Shakespeares.
Schülerarten haben Gültigkeit.
Sonntag, den 26. April 1914:
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 6 Uhr.
Volksvorstellung:

Doktor Klaus.
Jeder Platz 50 Pfg.
Verlochung der Plätze Freitag und
Sonnabend von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr
abends an der Theaterkasse. (8349)